

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G.
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher S. 21. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die zweite Woche des zweiten Ruhrkrieges

Das oberste Ziel der schwerindustriellen Bolschewisten

Eine Viertel Million arbeitswilliger und fleißiger Menschen haben die Hüttenbarone auf die Straße gesetzt und einer womöglich noch größeren Schar von Vergleuten und Arbeitern der Fertigungsindustrie den Zwang zum Nichtstun auferlegt. In ganz kurzer Zeit werden alle Räder ob und unter der Ruhr nicht mehr laufen und ein gutes Teil des Wirtschaftslebens anderer deutschen Gegenden gedrosselt sein. Ein Haufen belgischer, französischer und besonders englischer Kaufleute sind schon dabei, möglichst viele der Auslandskunden der deutschen Industrie zu ergattern. Die Hüttenbarone haben aber keineswegs das größte deutsche Industriegebiet aus böser Absicht stillgelegt, noch treiben sie aus unedlen Beweggründen unsere Auslandskunden den fremden Wettbewerbern zu. Sie behüte, dergleichen liegt ihnen, den unübertrefflichen Patrioten, völlig fern. Sie haben es nur getan, um die Preise und die Ausfuhr zu halten und um das deutsche Wirtschaftsleben blühend zu machen.

Nachdem sie die Erreichung des ehlen Zweckes auf ihre Weise begonnen hatten, glaubten sie sich etwas Ruhe gönnen zu müssen. Gleich nach vollbrachter Tat ist ein Teil von ihnen nach Gefilden abgerückt, die ihrer Gesundheit weniger abträglich sind als das Ruhrgebiet. Dies kann nun unmöglich der stilligen Luft oder des Lärmes wegen geschehen sein, denn im Ruhrgebiet raucht ja zurzeit kein Schornstein und auch die Maschinen rattern nicht mehr. So kann man nicht umhin, anzunehmen, die großen Patrioten seien deswegen so schnell abgereist, um der proletarischen Dankagung für die große Tat der Preiserhaltung und der Wirtschaftserhaltung nicht teilhaftig zu werden. Unter unsern großen Patrioten sind, wie alle Welt weiß, die Schwerindustriellen die bescheidensten, wenigstens wenn es zum Einnehmen geht. Nur wenn es zum Erhalten großer Werte geht, dann sind sie weniger bescheiden. Aus dieser edlen Gemütsverfassung heraus haben sie während des Krieges der Deutschen Heeresleitung den Auftrag, auf der Erhaltung der Eisenwerke Frankreichs, koste es, was es wolle, zu bestehen, die Betriebe und Maschinen in Feindesland sorgfältig wie gründlich abzubauen, die belgischen Arbeiter in die lieblichen Räume der deutschen Granatenfelder zu führen und, einige Jahre später, den doch sehr dünnen deutschen Reichsfiskus um dreihundert Millionen zu erleichtern, bloß damit er etwas erleichtert und vor dem Plagen behütet werde. Ein solch unerbittlicher Trieb der Erhaltung kann natürlich nicht allezeit ungedankt bleiben. Das vermuteten auch unsere uneigennütigen Patrioten in den Novembertagen von 1918. Bescheiden, wie sie nun einmal sind, gingen sie damals schon dem sicher zu erwartenden Dank durch schnelle Abreise oder durch Vertarnung aus dem Wege. Jetzt, zehn Jahre später, folgen sie abermals dem Dange der Bescheidenheit. Ihm wird die Zeit zum Verdampfen nicht gekürzt werden, denn die Gefahr, daß sie von ihren Reuten so wie im ersten Ruhrkrieg zurückgescholt werden könnten, besteht nicht. Nein, wahrhaftig nicht. Man wird sie gerne lassen, wo sie sind, zu ihrer Erholung, aber noch mehr zur Erholung der deutschen Wirtschaft.

Allerdings haben die Schwerindustriellen das Werk der Preis- und Ausfuhrerhaltung und der Wirtschaftsbelebung erst durch die Stilllegung des großen Industriegebietes eingeleitet. Es muß natürlich fortgeführt werden, soll es zu dem gewollten Ergebnis kommen. Die Fortführung ist zunächst als Rechtsstreit um die Gültigkeit des Schiedsspruches für die Eisenindustrie gedacht. Aber dazu ist die Unwissenheit der hohen Herren nicht nötig; das können ihre Rechtsanwälte besser besorgen. Diese werden sich bemühen, ihren Brotagern zu beweisen, daß sie den Sold verdienen. Zu diesem Behufe werden sie eine Spitzfindigkeit auf die andere türmen, um die sonnenklare Tatsache zu verschleiern, daß die Hüttenbarone Tarifbruch verübt haben. Noch mehr aber wird ihr Bemühen darauf gerichtet sein, den wirklichen Zweck der Aussperrung zu verneinen. Man wird sehr gut tun, sich durch den an sich gewiß wichtigen Rechtsstreit, den die papiernen Schreimaschinen des Großkapitals wahrlich mit höchstem Lärm begleiten werden, nicht von dem eigentlichen Plane der Schwerindustriellen ablenken zu lassen. Selbst wenn man das Unmögliche für möglich nimmt, das heißt wenn die Industriellen bei ihrer Anfechtung des Schiedsspruches von den Arbeitsgerichten volles Recht bekämen, so hätten sie nicht mehr erreicht, als was sie nicht auch auf dem Rechtsweg ohne Aussperrung leicht hätten erreichen können. Das haben selbstverständlich auch die Leute gemerkt, die die großen Profitmächter mit juristischer Widsche beliefern. Der einfache und billigere Rechtsweg allein wurde jedoch aus besonderen Gründen verschmäht. Daß es wirklich an dem ist, bezeugt noch die Tatsache, daß der durch die Aussperrung erzwungene Stillstand der Betriebe in einer Woche viel mehr kostet als die Lohnzulage in einem ganzen Jahr.

Für die schwerindustriellen Scharfmacher handelt es sich also weniger um die Rechtsfrage, auch nicht gerade um die Lohnzulage, sie würfeln bei diesem Streite um viel mehr, nämlich um den Herrn im eigenen Hause. Das waren sie bis zum Novemberumsturz. Herr im eigenen Hause sein heißt für die Schwerindustriellen uneingeschränkte Willkür, heißt den Lohn wie die Arbeitszeit nach gnädigstem Ermessen festsetzen, heißt die Arbeiter nach Strich und Faden schinden und schuiegeln können. Dieser liebliche Zustand wurde die letzten Jahre aber durch die Gewerkschaft, dann auch die Schlichtungsordnung oder den Schlichter nie und da beeinträchtigt.

Die Gewerkschaften sind in dem Bereich der Eisenhütten

leider noch zu schwach. Eine Unmenge von Ausgebeuteten haben noch nicht den Weg zur Organisation gefunden. Verschiedene Male kam dieser Arbeiterschaft die Schlichtungsordnung zu Hilfe. Gegen sie antworten, sie beseitigen oder doch unwirksam zu machen, war daher der inbrünstige Wunsch der Vertreter des Standpunktes vom Herrn im eigenen Hause. Seit etwa anderthalb Jahren mehrten sich in der Unternehmerpresse die Andeutungen von einem großen wirtschaftlichen Kampfe, der weit in die Politik hineinpielen werde. Für diesen Kampf wurden Millionen gesammelt und die weniger kampfmütigen Unternehmerverbände scharf gemacht. Die Streikliste der Unternehmer soll mit 50 Millionen gefüllt sein. Die Minen springen zu lassen, konnte so lange nicht ratsam erscheinen, als eine Rechtsregierung im Amt war. Seitdem an deren Stelle eine Linksregierung mit vier Sozialisten getreten ist, gibt es keine Bedenken mehr.

Die Schwerindustriellen haben das lange vorbereitete Spiel um den großen Einfluß begonnen, aber beileibe nicht um ihrer Willen allein. Ihre Standesgenossen anderer Gebiete und Gewerbe sind mit Herz und Seele dabei. Denn sie alle über doch nahezu alle wünschen die Schlichtungsordnung und die Linksregierung dorthin, wo der Pfeffer wächst, weil sie darin ebenfalls eine Beschneidung ihrer Willkür sehen. Sie alle meinen, wenn erst einmal die vermaledeite Schlichtungsordnung zerstört sei, sie wieder die göttliche Freiheit hätten, den Arbeiter durch Stockschläge auf den Magen gefügig zu machen.

Nun ist gewißlich zwischen der heißen Sehnsucht des Unternehmertums und ihrer Erfüllung ein weiter Weg und ein keineswegs glatter. Denn schließlich sind auch noch die Gewerkschaften da, die mit oder ohne Schlichtungsordnung ein kräftig Wort mit den Herren zu reden sich die Freiheit nehmen. Darüber werden sich wohl die Unternehmer nicht im Zweifel sein. Immerhin sagen sie sich, daß ohne die Schlichtungsordnung wenigstens in den Gebieten und Gewerken, wo die gewerkschaftliche Organisation schwach ist, die Arbeitsbedingungen willkürlich festgelegt werden können, und da solche Gebiete und Gewerbe selbst die Arbeitsbedingungen der gewerkschaftlich gut organisierten Gebiete und Gewerbe nach unten hin beeinflussen, so würde daraus ein unermeßlicher Vorteil für alle Unternehmertum sprechen. Dieser Vorteil ist es, um was jetzt im Ruhrgebiet gewürfelt wird. Es geht um die Erhöhung des Profits aller Unternehmer auf Kosten aller Arbeiter. Diese

handgreifliche Tatsache nicht aus dem Auge zu verlieren, dürfte sehr ratsam sein.

Daß in der Schwerindustrie der Vorstoß zu dem hohen Ziele des ganzen Unternehmertums eingeleitet wurde, kommt nicht von ungefähr. In der Schwerindustrie sitzen die gewissenlosesten Scharfmacher; dort glaubt man einen langen Stillstand der Werke leichter ertragen zu können als anderswo; dort befindet sich die politisch wie wirtschaftlich mächtigste Sippe, die hoffen kann, den durch die Stilllegung der Betriebe entstandenen Verlust wieder überreichlich ausgleichen zu können durch Preis-erhöhung und Zollwucher. Das letztere sollten Reichstag und Regierung endlich ernstlich beherzigen. Der Erhöhung der Eisenpreise sollte ein Riegel vorgeschoben und die Eisenzölle herabgesetzt werden, zum ersten, damit die Schwerindustriellen wissen, daß sie die Kosten ihrer Missetaten aus der eigenen Tasche zu decken haben, zum andern, damit die eisenverarbeitenden Fabrikanten aus ihrer Abhängigkeit von den Hüttenherren herauskommen und ihren Rohstoff dort beziehen können, wo er am wohlfeilsten ist.

Freilich, der gewichtigste Umstand, der die Hüttenbarone zum Vortrupp des Scharfmachertums werden läßt, ist der: In der Schwerindustrie ist die Arbeiterschaft weniger gut organisiert als die anderen Berufe. Dies kann nicht ernst genug genommen werden. Wären die Hüttenarbeiter mindestens so zahlreich in der Gewerkschaft wie die Metallarbeiter anderer Branchen, die ewigen Störzer des Wirtschaftsfriedens hätte leichter zur Ruhe und zur Anständigkeit erzogen und ihnen der Standpunkt von Herrn im eigenen Hause auf gewerkschaftliche Art klargemacht werden können.

Das Unorganisiertsein eines großen Teiles der Hüttenarbeiter ist es in erster Linie, was die Hüttenbarone in einem fort zu Schlägen gegen die sozialpolitischen Errungenschaften auszuholen läßt. Wären mehr Hüttenarbeiter in der Gewerkschaft, ihnen wäre diese Aussperrung, wenn möglich, kein sicher erspart geblieben. Die Hüttenarbeiter selbst haben es in der Hand, sich von solchen wochenlangen Hungerkuren, von der ewigen Lohnqueterei, von einer überlangen Frontzeit zu erlösen. Es brauchen sich ihrer nur mehr, sie brauchen sich nur alle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Ein anderes Mittel des Seils gibt es für sie nicht. Und was für sie gilt, das gilt ebenso sehr für alle anderen Arbeiter.

F. K.

Der Beirat des DMV zum Ruhrkampf und Werksstreik

Der Engere Beirat des DMV war am 9. November in Stuttgart beisammen, um über den allgemeinen Stand der Dinge sowie über die Aussperrung im Ruhrgebiet wie über den Zustand auf den Seeschiffswerften zu beraten. Das Ergebnis der von völliger Einmütigkeit und Zuversicht getragenen Aussprache fand Ausdruck in folgender

Entschließung

Der Beirat spricht nach Entgegennahme des Berichts über die Lohn- und Schlichtungsverhandlungen für die Tarifgruppe Nordwest den ausgesperrten Arbeitern seine warmste Sympathie aus und versichert ihnen, alles zu tun, um ihre gerechte Sache zur uneingeschränkten Geltung zu bringen. Er begreift auch, daß der Vorstand den Mitgliedern mit erst 19- bis 20wöchentlicher Mitgliedschaft die statutarische Unterstützung bewilligt hat. Darüber hinaus ersucht er den Vorstand, die Bemühungen fortzusetzen, um den zu Unrecht von den Arbeitsstätten ferngehaltenen Arbeitern eine Unterstützung in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln zu verschaffen.

Aufs schärfste beurteilt er den von den Unternehmern mit

der Aussperrung von über 200 000 Arbeitern begangenen Tarif- und Rechtsbruch, der nur durch die schnelle Wiedereröffnung der Betriebe unter Anerkennung des durch die Verbindlichkeitsklärung geschaffenen Rechtszustandes und Erhebung des den Arbeitern und ihren Organisationen entstandenen Schadens einigermaßen gut gemacht werden kann.

Von der Reichsregierung und ihren Organen erwartet der Beirat des DMV, daß sie alles tun, um dem verletzten Recht volle Geltung an Stelle der Willkür zu verschaffen. Unabsehbaren Schaden gilt es von der deutschen Wirtschaft fernzuhalten, der durch eine längere Fortdauer der Aussperrung notgedrungen entstehen muß und der den Betrag der tariflich vorgesehenen Lohnserhöhung um das Vielfache übersteigen würde.

Die Besprechung des Werftarbeiterstreiks zeitigte folgende Entschließung:

Der Beirat erwartet, daß dieser Streik den Werftarbeitern endlich Arbeitsbedingungen bringt, wie sie zahlreiche andere Industrien längst als notwendig anerkannt haben. Der Beirat spricht deshalb den beteiligten Werftarbeitern seine volle Sympathie aus und versichert sie seiner tatkräftigsten Unterstützung.

Vom Kampfplatz Nordwest

Unterstützung der ausgesperrten Hüttenarbeiter

Nach einstimmigen Berichten herrscht Ruhe und Besonnenheit im Aussperrungsgebiet. Zwar machen die Kommunisten und ihre Gefolgsleute erhebliche Anstrengungen, die Maßnahmen der Gewerkschaften zu beeinträchtigen und die Stimmung der Ausgesperrten auszuhebeln. Doch sind diese Bemühungen erfolglos geblieben. Die kämpfenden Kollegen besuchen ihre Versammlungen, zeigen sich fest entschlossen, diesen brutalen Anschlag der Scharfmacher abzuwehren und kümmern sich nicht um die Bege, die mit ihrer Notlage zu treiben versucht wird. Wir können nur wünschen, daß die Kampferstärke für die ganze Dauer dieses Ausstandes unbedingt beibehält und jeden Anstrebungsversuch von unberufener Seite beunruhigt von sich weist. Denn die jetzigen Heilsaposteln ist die Sache der Hüttenproleten im Grunde nicht nur gleichgültig, sondern es ist ihnen um Verwirrung zu tun, um eine politische Ernte zu machen. Ruhe ist ein Zeichen der Kraft. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist stark genug, den von den Scharfmachern vom Zaune gebrochene Streit erfolgreich durchzuführen.

Die Aussperrung macht sich, wie uns berichtet wird, schon im Wirtschaftsleben vieler Ruhrorte sehr schwer bemerkbar. Die Aussperrten legen sich begreiflicherweise bei ihren Einkäufen große Beschränkung auf. Sie rechnen mit einer längeren Dauer der erzwungenen Verbienstlosigkeit. Mit dem letzten Lohn ist natürlich nicht weit über die erste Woche hinaus zu leben. In kurzer Zeit muß

Sunger und Verzweiflung in die Industriegassen einkehren. Die Gemeinden haben sich mit der Unterstützung der Ausgesperrten befaßt. Sie soll mit dem Beginn der nächsten Woche (12. November) voll einsetzen. Die entlassenen Arbeiter erhalten als Gemeindefürsorge nur Naturalien, nur Nahrung, Kleidung und Obdach. Für den eifrigen Bestand der Familien: Speis, Brot, Mehl u. a. werden Gutscheine ausgegeben, mit denen der Arbeiter seinen Bedarf beim Händler oder beim Konsumverein decken kann. Daneben werden auch Küchen errichtet, vor allem für die unverheirateten Arbeiter. Diese Unterstützung wird sowohl den Unorganisierten wie den Organisierten gewährt. Das ist nicht mehr wie recht und billig, denn eine einseitig kommunale Unterstützung der Unorganisierten wäre ein Stoß gegen die Gewerkschaften. Wenn es dem organisierten Arbeiter, der neben der öffentlichen Unterstützung auch noch die seines Verbandes hat, im Konflikt besser geht als dem unorganisierten, so hat sich der Unorganisierte das selbst zuzurechnen. Die Prüfung der Bedürftigkeit kann praktisch im Augenblick keine Rolle spielen; denn man kann nicht erst wochenlang prüfen und dann erst mit der Unterstützung beginnen.

Im Breuscher Landtag ist am 7. und 8. November die Aussperrung Gegenstand einer eingehenden Verhandlung gewesen. Es ist daraus nichts Materielles für die Aussperrten herausgekommen. Die Regierung ließ durch den Staatssekretär Dr. Weißmann erklären, daß die Staatsregierung bedauert,

„daß sie keine rechtliche Handhabe hat, um ihrerseits selbst in den Konflikt einzugreifen. Sie bedauert auch, daß die Arbeitgeberseite trotz der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters zu den Einigungsmaßnahmen geschritten ist und dadurch das deutsche Wirtschaftsleben in eine schwere Krise brachte. Die Staatsregierung hat sich mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt, um alle zur Behebung der Schwierigkeiten erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.“

Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion

Am 12. November wird sich der Reichstag ebenfalls mit der Aussperrung und der Notlage der davon betroffenen Arbeiter beschäftigen. Die Verhandlung wird von dem Vorsitzenden unseres Verbandes, dem Kollegen Brandes, mit einer die Sachlage schildernden Rede eingeleitet. Die sich daran anschließende Aussprache wird ein Prüfstein für die Arbeiterfreundlichkeit der verschiedenen Parteien sein. Dadurch, daß dieser Lohnstreik auf die höchste deutsche Tribüne getragen wird, ist die Möglichkeit gegeben, alle Volkstriebe aufzuwecken über das unerhörte Schindluderspiel, das die fetten Plutokratien mit ihren Arbeitern und der deutschen Wirtschaft treiben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt, folgenden Gesetzesantrag einzubringen:

§ 1

Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch eine inländische Aussperrung verursacht ist, welche zur Abänderung oder Beilegung eines freiwillig geschlossenen Tarifvertrages oder eines für verbindlich erklärten Schiedspruchs vorgenommen wurde, erhalten eine Unterstützung nach Maßgabe der §§ 103 bis 109 — ohne Rücksicht auf ihre Vermögenslage — des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927. Ein für verbindlich erklärter Schiedspruch gilt als rechtskräftig im Sinne dieses Gesetzes ohne Rücksicht auf die schwerwiegende Rechtsstreitigkeit.

§ 2

Die Mittel für die Auszahlung der Unterstützungen, die gemäß § 1 zu zahlen sind, sind vom Reich der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Verfügung zu stellen.

§ 3

Diejenigen Arbeitgeber, die an der Aussperrung unter der Voraussetzung des § 1 beteiligt sind, sind dem Reich zum Ersatz der auf Grund dieses Gesetzes zur Verfügung gestellten Mittel verpflichtet, jeder Einzelne in der Höhe der Beiträge, die aus Reichsmitteln an Unterstützungen an die von ihm entlassenen Arbeiter ausbezahlt werden. Die vom Reichsfinanzminister unter Ausschluss des Reichsweges festgesetzten Beiträge werden nach den Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben beigetrieben.

§ 4

Dieses Gesetz erhält rückwirkende Kraft vom 15. Oktober 1928.

Es kommt der sozialdemokratischen Fraktion mit ihrem Antrag zunächst und vor allem auf die Sicherstellung der Arbeiter an, die durch Nichtzahlung eines für verbindlich erklärten Schiedspruchs unter der verhängten Aussperrung zu leiden haben. Den Unternehmern, die den Kampf leichtfertig vom Zaun gebrochen haben, muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie nicht mit der Unterwerfung des durch ihre Schuld ins Elend gedachten Proletariats unter ihre Willkür rechnen können, und sie sollen gleichzeitig sich darüber im klaren sein, daß sie auch die finanziellen Folgen ihres unmoralischen Vorgehens gegen die Autorität des Staates zu tragen haben.

Man hatte vielleicht auf den Gedanken kommen können, daß die nicht organisierten Arbeiter — und ihre Zahl ist gerade im Bereich der nordwestdeutschen Eisenindustrie beträchtlich — die Folgen ihres Verfalls auf den Eintritt in die gewerkschaftlichen Reihen am eigenen Leibe spüren müßten. Aber der Wunsch, es nicht zu einer weiteren Verschärfung kommen zu lassen, steht sich selbstverleumdend höher als derartige pädagogische Erwägungen. Aus diesem Grunde ist die rückwirkende Kraft des beantragten Gesetzes vorgesehen.

Einstellungssperre

Die Gewerkschaften werden nicht müde, zur Ruhe und zur Besonnenheit zu mahnen und eine Erhöhung der Rente nicht aufkommen zu lassen. Anders die schwerindustriellen Vorkämpfer. Mit einer Unabkümmertheit, die man selbst von ihrem Standpunkt aus für notwendig halten sollte, provozieren sie die Einstellungssperre. Denn anders ist die Einstellungssperre nicht zu deuten, die 14 Arbeitgeberverbände des Eisengebietes in einem Rundschreiben fordern. Es heißt darin:

„Auf Veranlassung des Gesamtverbandes Deutscher Metallarbeiter-Verbände wird hiermit die Einstellungssperre über alle aus dem Tarifgebiet der Eisenindustrie kommenden Arbeitnehmer. In Ihrer Information geben wir Ihnen die Namen der dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf angehörenden Verbände bekannt; aus ihnen ergeben sich gleichzeitig die Bezirke und Orte, auf welche sich die nordwestliche Gruppe erstreckt.“

Die Einstellungssperre ist nichts anderes als die schwarze Liste, die man für immer verworfen hat. Demnach ist die Isolierung der Dreifachkategorie des Ausstiegs aus der Fortschrittswelt wieder in Aktion. Der Zweck dieses Rundschreibens ist offensichtlich der, die Arbeitgeber, die sich anderswo nach Beschäftigung umsehen, von einem Platz zum anderen zu treiben. An dieser widerrechtlichen Dreifachkategorie ist zu erinnern, was von der Verhängungssperre der kapitalistischen Welt zu halten ist. Die Einstellungssperre ist auch richtig kühn, zumal es ja ganz natürlich ist, daß die 200 000 Aussperrten aber nur ein geringer Teil durch Deutschland gehen kann, um Stellung zu finden. Wenn nun plötzlich die Einstellungssperre ein Schlag ins Gesicht ist, so ist sie ein Beweis für den Grad der Gefährdung gegen die Arbeiter, die die Sozialisten der Unternehmern beschuldigen gemacht hat. Es wird da eine Stimmung geschaffen, die jenseitig einer Vermittlung, von der eine Reihe bürgerlicher Blätter redet, fernerst sein kann. An diesen wichtigen Gesichtspunkten werden ihre Urheber noch erinnert werden. Wenn wieder einmal ein Silberberg werden sollte, wird ihm das Rundschreiben mit der Einstellungssperre vorgehalten als handgreiflicher Beweis dafür, daß mit einem solchen Schlag ein empfindlicher Reiz nicht abgeben kann.

Der Rechtsstreit um den Schiedspruch

Der Schiedspruch für die Eisenindustrie ist am 11. Oktober für verbindlich erklärt worden. Dadurch ist der Schiedspruch für beide Parteien, für die Eisenindustriellen wie für die Arbeiter geworden. Die Erklärung eines verbindlich erklärten Schiedspruches bedeutet Tarifvertrag und gibt die Schiedsrichterpflicht an die geschiedene Partei nach sich. Durch die am Tage nach der Verbindlichkeitsklärung erfolgte Kündigung der Arbeiter haben die Industriellen der nordwestlichen Gruppe geschiedene Tarifverträge gebrochen und sie sind den Arbeitern haftpflichtig geworden für ihren Schaden. Wenn die Unternehmer mit dem für verbindlich erklärten Schiedspruch nicht einverstanden sind, so müssen sie ihn auf dem Rechtsweg anfechten, nicht aber durch die Entlassung der Arbeiter, durch eine tarifverletzende Handlung.

Das alles war und ist, so muß man bemerken, auch den Eisenindustriellen selbstverständlich. Nichtsdestoweniger haben sie erst die Kündigung ihrer Arbeiter beschlossen, dann den Rechtsstreit begonnen. Am 3. November hat der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller beim Arbeitsgericht Duisburg eine Haftungsklage

Arbeitskämpfe und Eisenkurse

Die Arbeitskämpfe in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie werden nun schon seit Jahr und Tag von ganz bestimmten Ereignissen an den Börsen, besonders von der Berliner Börse in der Burgstraße begleitet. Den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung werden sehr wahrscheinlich noch die Vorfälle aus dem letzten Winter während des Arbeitszeitkampfes im Ruhrbezirk in Erinnerung sein, die an dieser Stelle ausführlich geschildert worden sind. Damals, lange vor der eigentlichen Auseinandersetzung, schritt die schwerindustrielle Unternehmerschaft, die Montanindustrie zur Abgabe ihrer Papiere. Sie bezweckte damit eine Kurssteigerung. Da aber die Spieler an der Börse, die sogenannte Spekulation, insbesondere die großen Bankhäuser nicht an die von den Schwerindustriellen angekündigte Aussperrung glaubten, wurde das Ziel des Massenangebots an schwerindustriellen Wertpapieren, die Kurssteigerung nicht erreicht. Die Eisenindustriellen fielen ganz gehörig mit ihrer Spekulation herein und mußten für schweres Geld ihre Papiere zurückkaufen. Das hat sie jedoch nicht gehindert, bei dem diesmaligen Kampf eine ähnliche Maßnahme durchzuführen. Die seit Wochen zu beobachtende Bewegung in den Kursen schwerindustrieller Aktien steht ohne Zweifel mit dem Kampf in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in unmittelbarem Zusammenhang. Wir werden im folgenden dafür den schlußfähigen Nachweis erbringen.

Vor allem muß festgestellt werden, daß die rheinisch-westfälische Schwerindustrie schon seit Monaten mit der Aussperrung gerechnet hat. Wenn man die einzelnen Teile der von den Schwerindustriellen durchgeführten Börsenmaßnahmen daraufhin prüft, ergibt sich, daß die am 1. November vollzogene Aussperrung der 213 000 Arbeiter von langer Hand vorbereitet worden ist. Diese Tatsache dürfte wesentlich zur Klärung der ganzen Sachlage beitragen und für die Urteilsbildung in der Öffentlichkeit von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit sein. Für das Geagte spricht die Abgabe von Montanpapieren, von schwerindustriellen Wertpapieren, die bereits gegen Ende des Sommers eingeleitet haben muß. Darauf deutet die allgemeine Kurssteigerung dieser Papiere hin. Vergleicht man die Kurse der Montanpapiere für den Beginn der Aussperrung mit dem Stand im Vorjahre, so ergibt sich eine glatte Halbierung. Die Kurse sind herabgerückt, daß sie in keinem Verhältnis mehr zu dem inneren Werte der Gesellschaften stehen. Diese Halbierung ist selbst bei Großkonzernen wie der Harpener AG, gelungen, deren Papiere sonst als sehr gut und als sehr widerstandsfähig gelten. Alles spricht für eine planmäßige Bearbeitung der Kurse in der Richtung eines gründlichen Kurszusammenbruchs hin.

Das Gesagte ist zu wissen notwendig, um die Börsenmaßnahmen der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie im gegenwärtigen Arbeitskämpfe einigermaßen zu verstehen. Sie haben tatsächlich die Börse in ihrer Eigenschaft als Spielplatz benutzt, um ihre Stellung in den drohenden Vorkämpferkämpfen und Lohnkämpfen zu verbessern. Man halbierte die Kurse und konnte darauf hinweisen, wie schlecht die Lage in der Eisenindustrie von der Börse beurteilt werde. Leider gibt es noch viele Augenstehende, die sich von solchen Maßnahmen täuschen lassen, die nicht wissen, wie die schlechten Kurse in der Burgstraße gemacht werden. Verfehlt ist es an und für sich, von dem Kursstand eines Wertpapiers auf die Lage einer Gesellschaft zu schließen, und noch verfehelter ist es, von der Kursbewegung einer Wertpapiergruppe auf den Stand einer bestimmten Industrie folgern zu wollen. Man kann selbst noch nicht mal sagen, daß die Börse in einem bestimmten Kursstand die Lage einer Industrie beurteilt; denn die Spieler an der Börse haben schon lange nicht mehr diesen Ehrgeiz. Die Kurse werden von der Industrie, um deren Lage es geht, gemacht. Der Zeuge spricht für den Angeklagten.

Bei den Börsenmaßnahmen der Schwerindustrie haben ohne Zweifel die Gewinnabsichten für das Jahr 1927/28, die von sogenannten Industrieführern überflüssigerweise von sich gebrachten Ansichten für die Dividendenzahlungen eine sehr große Rolle gespielt. Man hat die Dividendenpolitik

regelmäßig benutzt, um mit recht niedrigen Börsenkursen in die Lohnverhandlungen zu gehen. Man hat sehr viel von den gestiegenen Löhnen und von den steigenden sozialen Unkosten gesprochen, um auf der Börse die erforderliche Stimmung für eine Kurssteigerung zu schaffen, man hat sich zuguterletzt sogar entschlossen, die Dividende für 1927/28 ganz allgemein herabzusetzen. Die Klöckner AG. hat damit den Anfang gemacht, indem sie ihre Dividende um 1 vS auf 6 vS ermäßigte. Das geschah, obwohl verschiedene Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung darauf schließen lassen, daß Peter Klöckner für das verfloßene Jahr eine ebenso hohe Dividende hätte zahlen können wie im Jahre 1926/27. Die Tatsache ist heute auch allgemein der Anschauung, Klöckner hätte angesichts des gestiegenen Betriebsüberschusses für das verfloßene Jahr ebenso gut einen höheren Reingewinn wie im Jahre 1926/27 herausrechnen können. Wir wollen die Öffentlichkeit aber dazu noch auf einen anderen wesentlichen Punkt hinweisen, der leider zu wenig beachtet worden ist. Im Jahre 1925/26 hatte der Klöcknerkonzern einen Rückgang in der Erzeugung, des Absatzes und des gesamten Umsatzes zu verzeichnen. Auf Grund der wirtschaftstechnischen Umstellung, der sogenannten Rationalisierungsmaßnahmen, konnte aber der Betriebsüberschuss gegenüber dem Vorjahre um 7 Millionen gesteigert werden. Das Geschäftsjahr 1927/28 brachte nun eine starke Ausweitung des gesamten Geschäfts bei Klöckner. Besonders in der Eisenindustrie ist die Erzeugung und auch der Absatz stark gestiegen. Wir vermessen aber auf geldlichem Gebiet in der Erfolgsrechnung eine ähnliche Entwicklung wie 1925/26. Da man nicht annehmen kann, daß die Maßnahmen der wirtschaftstechnischen Umstellung bei Klöckner auf einmal erfolglos geworden sind, klafft hier eine Lücke, die uns Klöckner und seine Gehilfen in der bürgerlichen Presse bis jetzt nicht erklären haben. Der Klöcknerabschluß ist aber nur richtungsgebend in der Montanindustrie. Man fürzt die Dividende, um die verringerte Dividende als Kampfmittel gegen die Gewerkschaften zu benutzen. Man treibt eine Dividendenpolitik, mit deren Hilfe man vorzugsweise auf die Börsenkurse einwirken wollte.

Daß das so ist und um keinen Deut anders, geht daraus hervor, daß die Montanpapiere sofort nach der Aussperrung wieder ins Steigen kamen. Diese Erscheinung ist einfach widerwärtig. Man muß sich, um das zu erkennen, einmal die Lage klarmachen. In der Eisenindustrie droht eine Aussperrung. Die Kündigung war erfolgt. Alle Wahrscheinlichkeit sprach aber dafür — besonders als die Arbeiter den Schiedspruch angenommen hatten —, daß der offene Kampf durch eine Verbindlichkeitsklärung zu vermeiden ist. Nach allen Erfahrungen hätte der Spieler an der Börse auf Grund dieser Überlegung seine Wertpapiere behalten und nicht verkauft. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Montanpapiere, die schon seit längerer Zeit im Rückgang begriffen waren, senkten sich sehr schnell. Doch aber nur, weil die rheinisch-westfälische Eisenindustrie Papiere auf den Markt warf. Auf Grund der Erfahrung hätte man in dem Augenblick, als die Aussperrung in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie Tatsache wurde, der Kurs der Montanpapiere sinken müssen. Aber er stieg, weil die rheinisch-westfälische Eisenindustrie jetzt ihre noch zu verhältnismäßig guten Preisen verkauften Papiere billiger zurückkaufte. Die rheinisch-westfälische Eisenindustrie entdeckte nach der Aussperrung wieder ihre Abwehrmittel gegen die Lohnforderungen nicht mehr notwendig und zeigte durch stärkste Verkäufe, daß sie volles Vertrauen zu der Eisenindustrie und volles Vertrauen zu reichlichen Gewinnen dieser Industrie in Zukunft besitz.

Die Ereignisse auf dem Markt der schwerindustriellen Papiere während des Arbeitskampfes in Rheinland und Westfalen haben also eine Bedeutung. Denn was sich gestern in der Eisenindustrie gezeigt hat, kann sich morgen in anderen Industrien wiederholen. Vor allem muß aber die Öffentlichkeit davor gewarnt werden, von der Kursentwicklung an der Börse, einem reinen Spiel, auf die wirtschaftliche Lage zu schließen.

Friedrich DIL

Lage der belgischen Stahlindustrie

Wie aus Kreisen der belgischen Metallarbeiter berichtet wird, sind die belgischen Stahlfabrikanten nicht weniger hartnäckig wie ihre deutschen Kollegen. Während früher Lohnverhandlungen unter Hinweis auf Belgiens schlechte Stellung auf dem Weltmarkt abgelehnt (Genau wie bei uns in Deutschland. Schnitzling) wurden, wird jetzt geltend gemacht, daß nun „nieder einmal“ den armen Aktionären etwas zugute kommen soll und die Dividenden erhöht werden sollen. In der Tat ist die Lage der Industrie kein Grund mehr gegen Lohnverhandlungen, besonders wenn man bedenkt, daß die Lebensunterhaltskosten immer noch steigen. Durch die Wirtschaft der internationalen Stahlartikels hat sich die belgische Schwerindustrie erheblich erholt und produziert heute 50 vS mehr als vor dem Kriege. Die Gewinne der einzelnen Unternehmen betragen bis zu 10 Millionen und mehr. Eingegen ist den Arbeitern, die eine Lohnverhöhung von 10 vS fordern, nur 5 vS gewährt worden. Zur Förderung der Lohnbewegung und des Austauschs der Organisationen ist ein Werbefeldzug eingeleitet worden, dem am 25. November eine große Manifestation folgen soll.

Eine genossenschaftliche Textilfabrik

Die Großkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine plant in Sachsen den Bau einer Färberei und Anstrichfabrik. In der Nähe des Bahnhofes Oppach wurde ein großes Fabrikgelände erworben, wo der Bau der Textilfabrik entstehen soll. Unter anderem sollen 400 Webstühle in Betrieb genommen werden. Eine Anzahl Nebenbetriebe werden sich dem anschließen. Damit erfährt die Eigenproduktion der GKS eine weitere Vervollständigung.

Die Redarjumer Fahrzeugwerke (REU) haben jetzt die seit langem notwendig gewordene Sanierung beschlossen. Es kommt ein Kapitalumschüttel im Verhältnis von 5 zu 1 in Frage, wodurch das Kapital von 12 1/2 Millionen auf 2 1/2 Millionen zusammengelegt wird. Die Banken haben dem Konzern antwortend einen größeren Schuldennachschuß eingeräumt. Es heißt, daß dieser Nachschuß rund 5 Millionen Mark ausmacht. Nach der Sanierung wird die REU ohne Bankguthaben dastehen. Allerdings verbleiben immer noch Lieferanten in Höhe von 10 bis 11 Millionen Mark, denen aber ein auf 10 Millionen erhöhtes Aktienkapital gegenübersteht. Zugleich wird im Konzern der REU eine Arbeitsstellung dahin vorgenommen, daß in Redarjum in Zukunft ein „Werk“ in Feldbrunn dagegen nur Autos hergestellt werden. Man spricht auch davon, daß sich der italienische Fiat Konzern an dem Unternehmen beteiligen wird.



Technik und Werkstatt



Das Gehirn aus Stahl

Zur internationalen Büroausstellung

Von Felix Linke

(Schluß)

Ein weiterer Schritt geschah durch das Benutzen eines besonderen Werkes für die Queraddition. Dieses besorgte die Queraddition und vervollständigte somit auf der Schreibmaschine die Tabelle. Die meisten Maschinen haben jetzt auch dieses Querwerk.

Man baut solche Maschinen mit bis zu sehr großen Breiten. Die 6. Büroausstellung in Berlin zeigte eine Maschine mit einem 1 1/2 Meter langen Wagen, so daß man damit gewaltige Formulare beschreiben und zahlreiche senkrechte und Queradditionen ausführen kann. Die Konstruktion von Maschinen mit so breiten Wagen ist natürlich außerordentlich schwierig; sie wird ja auch sehr instabil. Geschädigt ist das Ganze gelöst bei Maschinen, die nun nicht mehr mit beweglichem Wagen arbeiten, sondern von oben über die darunter gelegten Formulare, Kartothekblätter usw. hinweggleiten. Eine solche Maschine hat die amerikanische Elliott-Fisher-Maschinen-Gesellschaft in den Handel gebracht. Beim Schreiben wandert die Maschine hin und her. Das hat natürlich gewisse Nachteile. Soweit das alles von Hand gemacht werden muß, ist die körperliche Anstrengung des Schreibenden sehr groß, weil er die ganze Maschine seitlich und senkrecht dazu verschieben muß. Auch das Schreiben ermüdet natürlich außerordentlich, weil der Schreibende stets mit der Maschine mitwandern muß. Man kann grundsätzlich mit dieser Maschine zwar auch in gebundene Bücher schreiben, aber das macht doch Schwierigkeiten, und der richtige Weg ist die Auflösung der festen Bücher in lose Blätter. Ebenso wie man aus einer Kartothek ein nummeriertes Blatt herausnehmen kann, kann man auch aus einem gebundenen Buch ein Blatt herausziehen. In jedem Falle merkt man es, so daß der Einwand nicht stichhältig ist, daß man die Buchhaltung nicht auf losen Blättern machen dürfe. Übrigens sind einige Nachteile der Maschine durch den elektrischen Antrieb überwunden worden. So braucht der Schreiber wenigstens nicht mehr die Maschine hin und her zu schieben; seine Ermüdung wird wesentlich hintangehalten.

Den elektrischen Antrieb hat man schon seit langem bei der gewöhnlichen Schreibmaschine einzuführen versucht. Dieses Bestreben ist aber falsch. Keine moderne Schreibmaschine geht so schwer, als daß sie dem Schreiber nennenswerte Anstrengung beim Niederdrücken der Tasten bereitet. Die schwerste Leistung dabei ist ja schon das ständige Heben und Halten der Arme, während ihr Niederfallenlassen mit einem gewissen Druck auf die Tasten sogar eine Erleichterung für den Schreibenden ist. Beim Antrieb der einfachen Schreibmaschine mit Elektrizität springt infolgedessen kein Vorteil heraus, weder eine „Kraftersparnis“ noch wesentliche Geschwindigkeitszunahme. Auch bei den einfachen Addiermaschinen ist das so. Allerdings kann man bei diesen durch den elektrischen Antrieb das Geräusch der Kurbedrehungen wesentlich vermindern. Überhaupt das vielmalige Kurbedrehen berechtigt erst dazu, einen elektrischen Antrieb anzubringen. Man braucht dann, um etwa sieben Kurbedrehungen zu vollziehen, nur auf eine Taste 7 zu drücken; um neun zu vollziehen, auf eine Taste 9, während alles übrige der kleine Antriebsmotor besorgt. Bei einer Multiplikation also würde sich die ganze Mühe auf das Einstellen des Multiplikators und des Multiplikandus beschränken, und alles zwischen diesen beiden Handreichungen, wie Heben und Verschieben eines Schlittens oder einer Kurbel mit Steckstift, wie sie zum Beispiel der „Millionär“ hat, fällt fort. Auch beim Auflösen von Division in Subtraktionen ist das von Wert.

Bei denjenigen Addiermaschinen, die durch Kurbedrehungen betätigt werden, hat man den elektrischen Antrieb eingeführt, um, wie gesagt, die die Maschine bedienende Person von mechanischer Handarbeit zu entlasten. Bei den großen Addiermaschinen, wie sie schon seit Jahrzehnten üblich sind, bedeutet das einen wesentlichen Fortschritt und eine erhebliche Vergrößerung der Arbeitsgeschwindigkeit. Man stellt die Zahlen nicht mehr mit einem Schieber ein, sondern benutzt die von der Schreibmaschine her bekannte übliche Taste dazu. Auch das vergrößert die Arbeitsgeschwindigkeit ganz bedeutend.

Wie der Appetit beim Essen wächst, so auch der Wunsch, den Maschinen mit der Zeit immer weitergehende Aufgaben aufzubürden. Man möchte bald, neben den niedergeschriebenen Zahlen Kontenbeziehungen usw. anbringen zu können, die man aber meist auf kurze Buchstabenbezeichnungen beschränkte, Abkürzungen für Debet, Kredit usw.

Als Buchungsmaschinen scheinen sich nur die einzuführen, die in der Lage sind, flach zu schreiben, nicht mit einer Walze. Das ist auch ganz selbstverständlich. Denn wenn man etwa 12 verschiedene Formulare, darunter verschiedene große Kartens, Zettel, Blätter u. dgl. auf einer Walze beschreiben will, so kann man die Formulare nicht mit den richtigen Stellen leicht übereinanderbringen, besonders weil man ja auch immer noch das Klopapier dazwischenlegen muß, damit man Durchschläge erhält, wie sie in den verschiedenen Abteilungen der Buchhalterei gebraucht werden. Ferner werden die Kartothekarten, die ja ziemlich starr sind, durch die Walze gebogen und sind dann in der Kartothek bald nicht mehr verwendbar. Will man das alles vermeiden, so muß man eben flachschreibende Maschinen verwenden. In Amerika haben sich diese Buchungsmaschinen schon ganz außerordentlich stark eingeführt. Auch bei uns wird das bald der Fall sein, denn die großen Geschäfte sind alle schon dazu übergegangen. Sie müssen es schon deshalb tun, weil sie ihre häufigen Abschlüsse mit den alten Methoden des Buchhalters gar nicht rechtzeitig fertigbekommen können. Sie würden die Angestellten ausschließlich 1 bis 2 Wochen am Monatsende beschäftigen müssen, um diese Monatsabschlüsse rechtzeitig fertigzustellen, während sie mit den Buchungsmaschinen in der Lage sind, allein unter Benutzung ihres ständigen Personals den Abschluß in wenigen Tagen fertigzumachen.

Sozial ist jedenfalls diese Entwicklung außerordentlich zu begrüßen. Zuerst pflegt das Einführen solcher Maschinen die bestreuesten Angestelltenkreise sehr hart zu treffen, weil zahlreiche Arbeitskräfte dadurch überflüssig werden. Aber es ist natürlich falsch, Menschen mit rein mechanischen Arbeiten zu beschäftigen, die durchaus geisttötend sind, wenn sich das Ganze besser und billiger durch die Maschine erledigen läßt. Hier offenbart sich

erst der ganze Wert der Maschinenarbeit. Denn man darf auch nicht vergessen, daß die Benutzung der früheren Handarbeit in unferm Buchungsgetriebe es gar nicht gestatten würde, mit der Entwicklung Schritt zu halten. Denn es sind heutzutage Buchungsleistungen notwendig, zu deren Bewältigung nur die Maschinen ausreichen. Die Angestellten gegen die Ausbeutung an der Maschine zu schützen, ist eine Aufgabe ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Es liegt natürlich für den Unternehmer immer ein Anreiz vor, die neuen Hilfsmittel dazu zu benutzen, auf die sozialen Verhältnisse der Angestellten zu drücken, um sich ganz und gar allein den Profit dieser neuen Einrichtungen zu sichern. Wo starke Organisationen sich gegen solche Verschlechterungen wehren können, wird also die Maschine ihre schlechten Auswirkungen verlieren.

Die Büroausstellung zeigt selbstverständlich nicht bloß Rechnen, Schreiben und Buchungsmaschinen, sondern zahlreiche Einrichtungen zur Bewältigung aller möglichen Arbeiten. Es ist unmöglich, auf alle diese Dinge im einzelnen einzugehen, denn sie betreffen alle Vorgänge und Arbeiten, die in Bürobetrieben überhaupt vorkommen. Nur eins ist klar: wollte man all das Schöne, was da zu sehen ist, einführen, so würde man doch zu einem so teuren Betriebe gelangen, daß vielleicht nur die allergrößten davon einen Vorteil haben können, während sich in zahlreichen kleineren Betrieben diese Einrichtungen nicht lohnen.

In bezug auf die Kartotheken geht man in vielen Fällen entschieden zu weit. Rechnet man aus, was einzelne Operationen unter Benutzung aller möglichen Einrichtungen kosten, so wird der Buchhaltungsbetrieb mit solchen Hilfsmitteln so teuer, daß er schließlich unverhältnismäßig hohe Anteile im ganzen Geschäftsbetriebe frägt. Das liegt natürlich begründet in dem Bestreben der Fabrikanten, immer neue Maschinen auf den Markt zu bringen, ganz gleichgültig, ob diese notwendig und wünschenswert sind. Denn wie überall im kapitalistischen System ist natürlich auch die Büromaschinenindustrie eifrig bestrebt, möglichst viel abzujucken.

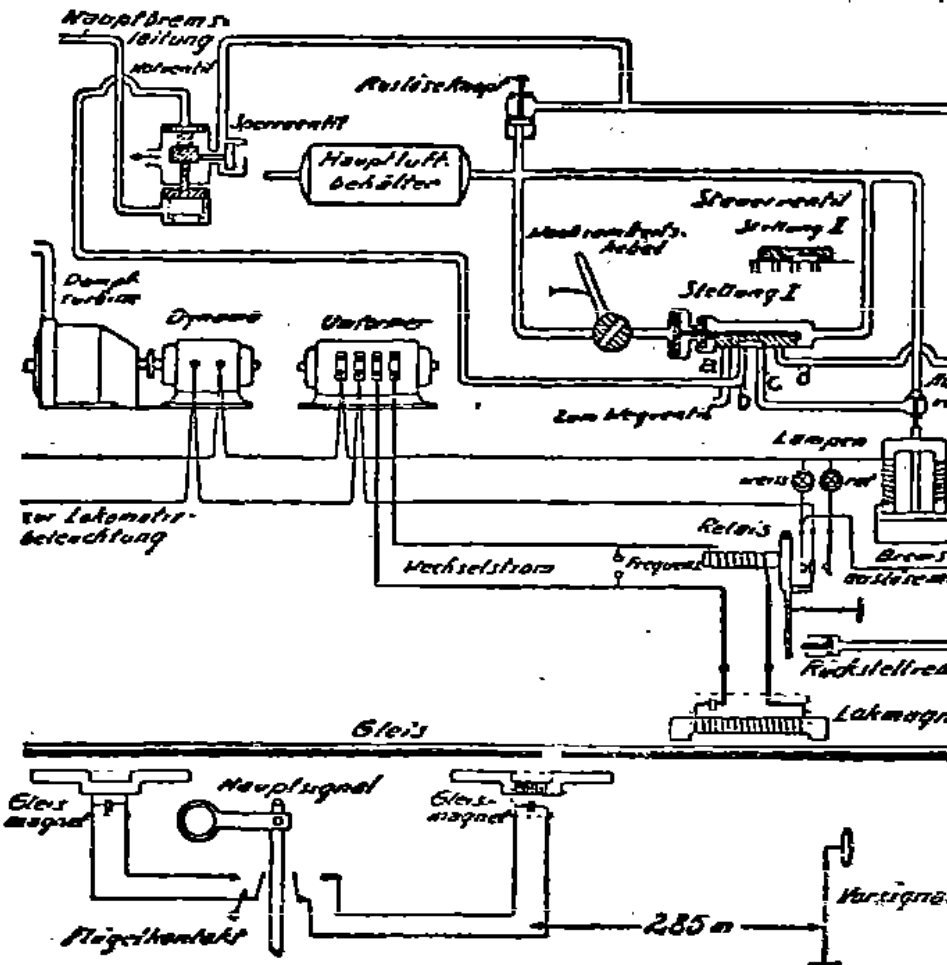
Neues Mittel zur Verhütung von Bahnunfällen

Von Ing. E. Dewald

Um Unglücksfälle im Eisenbahnbetrieb zu vermeiden, wie sie zum Beispiel durch falsche Signalisierung, falsche Weichenstellung oder durch Überfahren der Signale hervorgerufen werden können, verwendet die Reichsbahn die neuesten technischen Mittel. Zugleich dienen diese Einrichtungen dem Lokomotivführer bei starkem Nebel als Sicherheits- und Kontrollvorrichtungen.

Der Aufbau einer Lokomotive mit dem Zugbeeinflussungssystem „Indulor“ ist nachstehend beschrieben. Zur Erläuterung ist die Abbildung 1 beigelegt. Hierbei sind alle oberhalb des Gleises wiedergegebenen Apparate und Schaltungswege auf der Lokomotive selbst, der Gleismagnet ist vor dem Gleis angebracht.

Auf der Lokomotive befindet sich eine dauernd laufende Dampfmaschine, deren Dynamo Gleichstrom für die Lokomotivbeleuchtung und für die Signalisierung der Zugbeeinflussungseinrichtungen liefert. Außerdem speist der Gleichstrom einen Umformer, dessen Wechselstrom für die Zugbeeinflussungseinrichtung dient. Dieser Wechselstrom durchfließt ein Relais auf dem am Tender angebrachten Lokomotivmagneten.



motivmagneten. Der Anker des Relais steuert einen Kontaktrah, der zwei Signallampen, rot und weiß, sowie den Bremsauslöseapparat betätigt.

Auf dem Gleis befinden sich die sogenannten Gleismagnete, das sind zwei unterirdische Eisenkerne mit einer Wicklung und einem Kondensator. Diese Gleismagnete liegen 285 Meter hinter dem Vorzeichen und direkt am Hauptsignal. Die Wicklungsausschlüsse der Gleismagnete sind mit dem Signalfüßelkontakt am Hauptsignal verbunden und werden je nach der Signalfüßelstellung geschlossen oder geöffnet.

Wird ein Gleismagnet überfahren, dessen Signal in „Rot“ steht, so wird der Strom im Lokomotivmagneten herab geschwächt, daß das Relais seinen Anker abfallen läßt. Hierbei ertönt die bisher benutzende weiße Lampe und die rote Signallampe leuchtet auf. Dabei wird gleichzeitig die Stromzufuhr zum Bremsauslöseapparat unterbrochen, so daß dieser seinen Anker losläßt, der mit dem Auslöseventil verbunden ist. Das Auslöseventil wird geöffnet und die Druckluft des Hauptbehälters gelangt über das Steuerventil (Kanal c-b) in das Notventil, das in Tätigkeit gesetzt wird. Der Kolben des Notventils wird jetzt durch das Sperrventil in der Niederdruckdrückerstellung festgehalten und die Druckluft der durch den Zug gehenden Hauptbremsleitung gelangt über das Notventil ins Freie. Dabei

werden die Bremsen des Zuges in Tätigkeit gesetzt und der Zug zum Stillstand gebracht.

Während des Haltens des Zuges muß der Fahrer von der Lokomotive absteigen und den Auslöseknopf, der unter dem Führerstand angebracht ist, drücken. Dadurch gelangt die Druckluft vom Hauptbehälter über den Auslöseknopf auf das Sperrventil, das die Erreicherung des Notventils auslöst. Gleichzeitig gelangt die Druckluft hinter dem Auslöseknopf in das Rückstellventil, dessen Kolben den abgefallenen Relaisanker wieder gegen das Relais drückt. Dabei ertönt die rote Lampe und die weiße leuchtet auf. Der Bremsauslöseknopf erhält wieder Strom und schließt das Auslöseventil, dabei gehen alle Ventile in ihre Grundstellung zurück.

Soll ein in „Rot“ stehendes Signal überfahren werden, so gleitet der Fahrer nach Passieren des Vorzeichens den Wachsamkeitshebel, einem auf dem Führerstand angebrachten Hebel, der den mechanischen Kontakt des Lokomotivführers darstellt, der jetzt in der gezogenen Stellung verbleibt. Die Druckluft des Hauptbehälters gelangt infolge des gezogenen Wachsamkeitshebels in das Steuerventil und steuert es in die Stellung II über. Beim Überfahren des Gleismagneten fällt der Relaisanker ab, ebenso der Bremsauslöseknopf, der das Auslöseventil öffnet und die Druckluft des Hauptbehälters gelangt über das Auslöseventil und über das Steuerventil (Kanal c-b) zum Rückstellventil, dessen Kolben den Relaisanker wieder andrückt, wodurch der Bremsauslöseknopf das Auslöseventil schließt, gleichzeitig geht der gezogene Wachsamkeitshebel in seine Grundstellung zurück, es wird dadurch die Zufuhr zum Steuerventil unterbrochen. Das Steuerventil erhält von der Gegenseite Druckluft aus dem Hauptbehälter und geht in seine Grundstellung I zurück.

Sollte nach dem Ziehen des Wachsamkeitshebels und vor dem Überfahren des Gleismagneten das in Warnstellung befindliche Vorzeichen in freie Fahrt übergehen, so ist die Einrichtung so getroffen, daß der Wachsamkeitshebel automatisch nach Ablauf der Strecke von 300 Meter in seine Grundstellung übergeht.

Jedes Überfahren eines in „Rot“ stehenden Gleismagneten, sowie jede Betätigung des Wachsamkeitshebels werden auf einem Registrierstreifen besonders registriert. Ferner ist die Einrichtung so getroffen, daß die Lokomotive nur fahren kann, wenn die Zugbeeinflussung in Ordnung ist, andernfalls treten sämtliche Bremsen in Tätigkeit. Die beschriebene Einrichtung ist auf einigen Strecken bereits voll ausgebaut, andere stark befahrene Strecken haben teilweise diese Sicherheitseinrichtung. Der Ausbau weiterer Strecken steht bevor.

Luftschiff-führung

Wäre das Luftschiff nur von seiner eigenen Triebkraft abhängig, so würde das Lenken eine verhältnismäßig einfache Sache sein. Leider aber muß der Luftfahrer auf die Windverhältnisse Rücksicht nehmen. Solange er in Sicht der Erde bleibt, läßt sich die Aufgabe praktisch an der Hand des Kompasses und der Karte lösen; wenn jedoch Nebel eintritt und Willen die Erde verdecken, dann beginnt die eigentliche Kunst des Navigierens. Es sind hierzu besondere funktionelle Apparate notwendig, die es ermöglichen, auch bei unsichtbarem Wetter die jeweilige Lage des Luftschiffes im Äthermeer festzustellen. Diese Instrumente der Funkpeilung sind heute schon gut durchgebildet und gestalten sich und ohne viel Rechnung jederzeit Standortangaben zu machen. Von größter Wichtigkeit ist ferner die ausgiebige Versorgung des fliegenden Schiffes mit Wetternachrichten. Der Kapitän benötigt, der ganzen Fahrstrecke entlang, dauernd Angaben über die Sichtverhältnisse, Höhe und Art der Wolken, Richtung und Stärke des Windes am Boden und in etwa 500 Meter Höhe sowie kurze Mitteilungen über die allgemeine Wetterlage. Der geübte Luftfahrer kann dann mit ziemlicher Sicherheit das Herannahen eines Sturmes voraussehen und sein Schiff um diesen herum oder über ihn hinweg lenken und günstige Winde ausnutzen, selbst für den Fall, daß er auf einige tausend Meter Höhe zu steigen hat.

Der große Wert eines guten Wetterdienstes für die Luftschifffahrt und das Flugwesen ist insbesondere während des Weltkrieges so recht erkannt worden. Die mächtige Entwicklung der Flugtechnik hat bereits zur Einrichtung eines internationalen Wetterdienstes geführt. Seit 1925 werden die Nachrichten in kurzen Abständen von einer großen Zahl von Zwischenstationen den Hauptstellen in Form von gewissen Zahlen drahtlos mitgeteilt. Die Angaben sind auf diese Weise sehr kurz und es sind auch die Schwierigkeiten der verschiedenen Sprachen ausgeschaltet. Um die Wetterverhältnisse in den oberen Luftschichten zu erfahren, werden häufig sogenannte Versuchsballoons hochgelassen, die oft schon Höhen von 30 000 Metern erreichen. Es sind dies kleine Freiballoons aus dünner Gummihaut und mit selbst aufzeichnenden Instrumenten versehen. Erreicht der Ballon in Luftschichten von geringerem Druck, so dehnt er sich aus, bis er schließlich bei weiterem Steigen in einer bestimmten Höhe, die sich vorausschätzen läßt, platzt. Die mit einem kleinen Fallschirm ausgerüsteten Instrumente fallen dann langsam zur Erde. Eine beigelegte Karte gibt dem Finder die nötigen Anweisungen und sichert ihm für ordnungsmäßige Befolgung eine Belohnung zu.

Ein täglich von den vielen Stationen verwendeter Hilfsmittel ist auch der Pilot-Ballon, ebenfalls ein freifliegender Ballon, jedoch ohne Instrumente, dessen Bewegung mittels eines Meßinstrumentes von der Erde aus verfolgt wird, um Geschwindigkeit und Richtung des Windes in verschiedenen Höhenlagen zu erfahren. Die Atlantikfahrt des „Graf Zeppelin“ hat recht deutlich vor Augen geführt, welche Bedeutung die Wetterlage besitzt und wie diese die Fahrtrichtung beeinflusst. Es ist für die künftig zu errichtenden Luftschiffstrecken unbedingt erforderlich, einen zuverlässigen Wetterdienst einzurichten, sollen die Fahrten regelmäßig und sicher vor sich gehen. Die Kenntnis der Wetterlage in den verschiedenen Luftschichten spielt für den Aufschiffer eigentlich dieselbe Rolle wie etwa die Seefahrt für den Seefahrer.

Leiterschuh

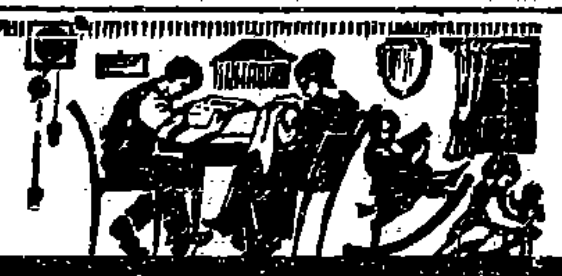
Nicht wenig Unfälle sind auf unvorsichtigen Umgang mit Leitern zurückzuführen, und die meisten davon entstehen durch Abgleiten der Leiterschuhe auf dem Fußboden.

Ein sicherer Leiterschuh läßt sich auf einfachste Weise aus altem Mantelschlauch herstellen. Man schneidet aus dem Mantel Querstücke von der Länge der Leiterfußbreite aus und legt sie, wie die Abbildung zeigt, unten um die Leiterschuhe herum. Befestigen kann man die Vorrichtung zur Not mit irgendeinem sicher haltenden Klebstoff. Besser ist natürlich ein Schraubenbolzen mit Mutter, der durch den Leiterschuh hindurchgeht und beide Seiten des Gummis festhält. Auf alle Fälle aber wird man außerdem möglichst am Ende des Leiterschuhes einige Windungen festen Drahts umwickeln.





Familie und Heim



Drei Minuten Gehör

Drei Minuten Gehör will ich von euch, die ihr arbeitet —!

Von euch, die ihr den Hammer schwingt,
von euch, die ihr auf Krücken hinkt,
von euch, die ihr die Feder führt,
von euch, die ihr die Kessel schürt;
von euch, die mit den treuen Händen
dem Manne ihre Liebe spenden —
von euch, den Jungen und den Alten —:
Ihr sollt drei Minuten innehalten.
Wir sind ja nicht unter Kriegsgewinnern,
Wir wollen uns einmal erinnern.

Die erste Minute gehört dem Mann.
Wer trat vor vierzehn Jahren in Feldgrau an?
Zu Hause die Kinder. — Zu Hause weint Mutter...
Ihr, feldgraues Kanonenfutter —!
Ihr zogt in den lehmigen Ackergraben.
Da saht ihr keinen Fürstentum:
Der soll sich einen in der Etappe
und ging mit den Damen in die Klappe.
Ihr wurdet geschliffen, ihr wurdet gedreht.
Wart ihr noch Gottes Ebenbild?
In der Kaserne, im Schilderhaus —
wart ihr niedriger als die schmutzigste Laus.
Der Offizier war eine Perle,
Aber ihr wart nur „Kerle“!
Ein elender Schieß- und Gräß-Automat.
„Sie Schwein! Hände an die Hosennäht!“
Verwundete mochten sich krümmen und biegen:
Kam ein Prinz, dann hatten sie stramm zu liegen.
Und noch im Massengrab wart ihr die Schweine,

die Offiziere lagen allein!
Ihr wart des Todes billige Ware...
So ging das vier lange blutige Jahre.
Erinnert ihr euch —?

Die zweite Minute gehört der Frau.
Wem wurden zu Hause die Haare grau?
Wer schreckte, wenn der Tag vorbei,
in den Nächten auf mit einem Schrei?
Wer ist es vier Jahre hindurch gewesen,
der anstand in langen Polonäsen,
indessen Prinzen und ihre Gatten
alles, alles, alles hatten —!
Wem schrieben sie einen kurzen Brief,
daß wieder einer in Flandern schlief?
Dazu ein Formular mit zwei Zetteln...
Wer mußte hier um die Renten betteln?
Tränen und Krämpfe und wildes Schreien.
Er hatte Ruhe. Ihr wart allein.
Oder sie schickten ihn, hinkend am Knüttel
euch in die Arme zurück als Krüppel.
So sah sie aus, die wunderbare
große Zeit — vier lange Jahre — —
Erinnert ihr euch —?

Die dritte Minute gehört den Jungen!
Euch haben sie nicht in die Jacken gezwungen!
Ihr wart noch frei! Ihr seid heute frei!
Sorgt dafür, daß es immer so sei!
An euch hängt die Hoffnung. An euch das Vertrauen

von Millionen deutscher Männer und Frauen.
Ihr sollt nicht stramm stehen. Ihr sollt nicht dienen!
Ihr sollt frei sein! Zeigt es ihnen!
Und wenn sie euch kommen und drohen mit Pistolen —
geht nicht! Sie sollen euch erst mal holen!
Keine Wehrpflicht! Keine Soldaten!
Keine Monopol-Potentaten!
Keine Orden! Keine Spalierel!
Keine Reserveoffiziere!
Ihr seid die Zukunft! Euer das Land!
Schüttelt es ab — das Knechtschaftsband —!

Und zum Schluß von den drei Minuten:
Denkt aller derer, die damals bluteten,
bluten mußten und elend sterben
und elend im fremden Lande verderben.
Ein Gruß allen toten Kameraden!
Ein Gruß den Opfern der Kriegssparaden!
Ein Gruß an die da draußen in Flandern,
in Polen, in Frankreich, und alle die andern!
Denkmäler — Tafeln — das ist nichts.
Wir geloben am Tage des Gerichts:
Die Kameraden aus allen Heeren —
die Toten wollen wir anders ehren!
Wir alle wollen — heute und morgen —
für Frieden — für ewigen Frieden sorgen!
Das sei unser Kampf. Das sei unser Sieg.
Ich rufe für euch: Nie wieder Krieg!

Rust Tagelöhner

Leimruten

Wenn man den Anzeigenteil der Zeitungen etwas beachtet — und
her tut das nicht angeht — der oft wirklich eigenartigen Reklame-
einfall —, wird man in gewissen Zeitabständen immer wieder auf
sogenannte „Preisaufrufe“ stoßen. Und hin und wieder erwägt
man selbst, ob man nicht dem Glücke die Hand bieten solle, weil es
ja eben nicht ausgeschlossen sein muß, daß man einmal einen Preis
bekommt. Verwunderlich ist allerdings, daß man selbst nie oder
nur höchst selten jemand trifft, der aus solchen Aufrufen einmal
etwas Sieger hervorgegangen ist.

Es soll hier nicht gesagt sein, daß große Geschäftshäuser zu Ein-
führungszwecken nicht hier und da einmal einen bestimmten Betrag
bereitstellen, der den jeweiligen Preisrouten tatsächlich zugute
kommt, sei es in bar oder in Form irgendwelcher Warenprämien.
Es ist dies eben dann ein Aufwand für Reklame in einer bestimmten
Form. Ein Warenhaus stellt in seinem Schaufenster eine Anzahl
Herrenanzüge aus, jeden mit einer Nummer und einem Preiszettel
daneben, und erließ ein Preisaufruf, der das Publikum, daß einer
der Anzüge mit dem Doppelten des wirklichen Preises ausgezeichnet
sei und daß das Publikum herausfinden solle, welcher der Anzüge
diese doppelte Preisvermehrung trage. Dem Preisrouten — der unter
mehreren ausgelost werden sollte — wurde ein Barbetrag von 500 M.
ausgesetzt. Nun hatte aber jeder, der seine Meinung der Firma
gegenüber kundgeben wollte, dies auf einem Vordruck zu tun, der
für 10 S. von der Firma zu erwerben war.

Die 500 M. sind schließlich tatsächlich zur Auszahlung gekommen.
Die Firma gab bekannt, daß mehr als 20 000 Karten abgegeben
worden seien. Das sollte dann, wie rege die Anteilnahme des Pu-
blikums gewesen sei. Wer sich die Sache näher ansah, rechnete leicht
heraus, daß die Firma noch ein schönes Geschäft bei der Sache ge-
macht habe: Für 20 000 Vordrucke hatte sie wohl die Druckkosten
bezahlt, aber von den Preisrouten 20 000 X 10 S. = 2000 M. ein-
genommen, von denen sie ja mit Beizugabe die 500 M. als Preis
auszahlen konnte. Es verblieb der Firma ein ansehnlicher Betrag
und sie hatte außerdem eine vorzügliche Reklame gehabt.

Sommerhag lag hier der Fall noch so, daß es sich nur um eine
Art Lotterie handelte.

Aber ist es schon, wenn eine Firma ein Preisaufruf
benutzt, um für ihre Waren Reklame zu machen, so stellt
sich die Frage, ob die Zahlung der Preisaufrufe gleichzeitig
mit einer gewissen Anzahl von Aufträgen oder anderen Beweisen
über erfolgreiche entsprechende großen Warenbezug einzuweisen sei. Hier
tritt schon die Frage auf, das Publikum zu einem besonders un-
angenehmen Warenbezug durch das Versteigern des Preises oder der
Prämie zu veranlassen, und in vielen Fällen wird, namentlich bei
der weiblichen Schönschönheit, der Reiz dieses Versteigerns die Reiz-
mittelbarkeit über die Güte des Gegenstandes überwiegen. Es
liegt doch hier auf der Hand, daß der Käufer mit jedem Einkauf
jeden Hund, Bär oder Fuchs des betreffenden Warengegenstandes
jeden einen Teil des Versteigerns selbst bezahlt. Handelt es sich um
eine Prämie, dann besteht wenigstens der Gedanke, früher oder
später in ihren Besitz zu gelangen, bei Preisaufrufen muß noch
der besondere günstige Fall eintreten, daß der Gewinner unter vielen
anderen als Preisrouten ausgelost wird.

Strenge Preisaufrufe geben demjenigen Versteigerer, der
noch unerschöpfliche Kräfte zur Vergrößerung einwirft, ein un-
angenehmes Gefühl, insofern, als er sich sagt, daß er seine Idee —
nämlich den Schatz des größten Unverstandes zu gewinnen — preisgibt
ohne Gewähr, seine Arbeit gewinnbringend und erlösend zu sehen. Nur
die Bekanntheit der Reiz. Preisaufrufen ist aus als ein-
wunderlich zu bezeichnenden Seiten, die namentlich genannt sein müssen,
sogar den Schatzsucher davon, sein eigenes Eigentum in anderen
Gewinne als das Produkt eines anderen wieder zu treffen.

Ja der Reiz der Versteigerung wird eine Firma ihr Unvermögen
in den Preisaufrufen, die als Preisaufrufe gelten, in die vergrößerten
Felder (man sieht) eines Versteigerns jollen Zahlen von 1 bis 9 zu
ausgezeichnet werden, daß sie — gleichviel, ob quer, senkrecht, in der
Diagonale usw. — möglichst oft die Zahl 15 bei der Zusammen-
fassung ergebe.

Unendlich war bekannt, daß es dem Preisrouten unbekannt
sei, eine oder mehrere dieser Zahlen zwischen 1 bis 9 mehrmals ein-
zuführen — darum, es kam nur darauf an, daß sie möglichst vielmal
in der Summe 15 herauskommen lasse. Preis war 100 M., und jeder,
der die richtige Lösung und gleichzeitig 3 M. für den Jahresbezug
einer Zeitung erzielte, erhielt diese 100 M. ohne Abzug ausbezahlt.
Von einem Teilnehmer, der in jedes Feld des Versteigerns 5 eingetragt
und somit wohl die größte Möglichkeit der zu erreichenden Zahl 15
geschaffen hatte, erhielt ich aber das Ergebnis seiner Preis-
verteilung, daß er erst mal lange Zeit gar nichts gehört und dann

eine gedruckte Mitteilung erhalten habe, daß seine Einwendung „dem
bei dem Rotar hinterlegten Ergebnis nicht entspreche“, daß man ihm
aber die Zeitung zugehen lassen werde. Auf Nachfrage erhielt er den
Bescheid, daß seine Lösung zwar beachtenswert, aber insofern nicht
richtig sei, als jedes der neun Felder die Zahl 3 tragen müsse. Es
schien dem Teilnehmer, der sich genaschert vorfand, nicht der Mühe
wert, die Sache weiter zu verfolgen. Die Zusage der Zeitung
unterließ nach der dritten Nummer — der Teilnehmer war um 3 M.
ärmer und eine Erfahrung reicher. Also Vorsicht solchen An-
zeigen gegenüber. Niemand verachtet etwas.

Ganz neuerdings erscheint eine Anzeige: „Rätselhafte Inschrift“;
in Spiegelchrift trägt es am Kopf den Satz: „Wer zuerst kommt,
mahlt zuerst“ — „Lorenz thum thumol thumol reu“, und es wird
gefragt, daß unter den Einsern richtiger Lösungen wertvolle Preise
ausgelost werden würden: es werden dabei, Zimmerreichtungen,
Wohnmaschinen und dergleichen wertvolle Sachen als Preise angeführt.
Im ersten Augenblick erscheint hier vertrauensverweckend für arglose
Gewinner, daß weder ein Geldbetrag einzulösen noch eine Zeitung
zu beziehen, noch eine Ware zur Probe zu beziehen ist oder dergleichen.
Die Lösung der rätselhaften Inschrift ist natürlich kinderleicht und
man denkt einen Versuch zu machen, weil man nichts dabei verlieren
kann. Dieses menschenfreundliche Preisaufrufen wird aber sicher-
lich den hoffenden Einsern das gleiche Ergebnis bringen, wie ein
ähnliches, das vor ungefähr Jahresfrist vom Stapel gelassen wurde.

Die Teilnehmer erhielten damals verblüffende Mitteilungen,
daß das Los sie leider nicht getroffen habe, daß man aber, um sie
zu trösten, bereit sei, gegen Einzahlung der Verpackungskosten von
6 80 M. einen „erfolgreichen Sprengapparat“ als Trostpreis zu liefern.
Dieser „erfolgreiche Sprengapparat“ erwies sich als ein Kinderpiel-
zeug mangelhafter Ausführung.

Dies alles sind Seiten, die es auf die Ungläubigkeit und
das Geld Versteigern abgeben haben.
Eine andere, aber mindestens ebenso bedenkliche Art solcher
Seiten sind jedoch jene Preisaufrufe, in denen entweder für
eine schmerzhafte, wunderbare Erbin ein trefflicher, wenn auch u n-
bermöglicher Gatte gesucht wird oder ein hochgelehrter Willen-
besten ein armes Mädchen durch Herz und Hand zu beglücken ver-
spricht. Hier kommt es Versteigern nur darauf an, die An-
zeigen von Versteigern beiderlei Geschlechtes zu erlangen, deren
dann mitgeteilt wird, daß der betr. Goldstück sich leider anderweitig
entfunden habe, daß man aber mit anderen, sehr günstigen Ver-
bindungen dienen könne.

Mit ganz besonderer Vorsicht zu behandeln sind jedoch solche
Anzeigen, in denen alleinlebende, gattungslose Frauen oder junge,
einsame Mädchen Fremden suchen. Ich habe von verschiedenen
Seiten gehört, daß solche Anzeigen oft von sehr zweifelhaften Ge-
halten ausgehen und manche sich einzeln zahlende Frau und manches
junge Mädchen haben erst zu spät gemerkt, welcher fragwürdigen
Fremdschönheit sie da auf den Leim gegangen sind.
Also Vorsicht vor Seiten aller Art!

Me h a.

Märchen der Liebe

Es war einmal — und ist schon lange her! Und doch, es war
einmal, daß die Liebe Gestalt annahm und mitten unter den Men-
schen wandelte. Sie wollte wissen, was die Menschen für ihr Leben
wären und ob sie sie freundlich empfingen.
Der Philosoph, der sie zuerst empfing hatte, fragte sie, sie zu
analysieren. Er zeigte ihr sein so sehr, daß die Liebe, ganz krank,
Seilung bei einem Arzte suchte. Der Arzt untersuchte sie, stellte seine
Diagnose und sprach von Exzessivität. Das Fremdwort verstand die
Liebe nicht. Und so suchte sie davon zu einem der jüngsten Jüngler
der modernen Kunst. Sie dachte: der ist jung und frisch im
Leben, der kann mich bändigen. Aber der Künstler war ein Einzel-
und Poet. Da bist mir zu feilsch, Liebe. Du laugst nicht
an der bevorstehenden Kälte. Und ich bin Dekorationsmaler, weil ich
nur auf diese Art Geld verdienen kann.

Ganz niedergedrückt fragte die Liebe den Juristen, ob es für
sie kein Recht gäbe. Der Jurist zeigte seine große Hornbrille auf und
blätterte ungeduldig im Bürgerlichen Gesetzbuch. Schließlich
murmelte er zwischen den Zähnen: „Ich muß Ihnen mummucken
gehorchen, daß Sie wegen Platzmangel Bergst zu lassen müssen.“ In
dieser Not eile die Liebe zum Journalisten. Sie hatte davon reden
hören, daß der in alles seine Nase stecke. Vielleicht kann der mir
helfen, dachte sie. Der Journalist warnte sie von oben bis unten.
Denn jeder er: „Ich kann nichts mit Semimentalitäten anfangen.
Ich schreibe für die Welt. Über Krieg, Reich, Völkervereinigung, Diebstahl
und Theater, Lang, Wissenschaft. Aber Liebe?“
Da schloß die Liebe bitterlich. Der Journalist konnte das
nicht sehen. Er begleitete sie höflich zur Tür und verabschiedete sie
mit: „Geh! Sie doch mal zu meinem Kollegen, dem Dichter!“

Schnell, schnell lief die Liebe zum Dichter. Der schwärmte. Und
machte aus ihr ein Gedicht. — Und?
Das war der Liebe viel zu wenig. Sie sah, wie eine Mutter
am Bettchen ihres kranken Kindes saß, wie sie sich sorgte, sich
grünte. Da gab die Liebe ihre Gestalt auf. Sie schlüpfte in das
Herz der Mutter. Und darin lebte die Liebe heute und immer.
Hedwig Schönlitz.

Ihr hat man die Sonne gestohlen

Das Privatauto IA 57 839 hält in einer allezeitigen Straße
einer Villenvorstadt vor einem palastähnlichen Gebäude. Der Führer
des Wagens geht ein paarmal. Er wird gewiß die ganze Nacht
nicht geschlafen haben, denn er muß jederzeit für seine Herrschaft
auf dem Posten sein.

Nach etwa einer Viertelstunde öffnet sich die Tür: „Eingang
für Dienstboten“. Das Dienstmädchen tritt heraus, und er ist ihr
behilflich, einen großen Kohlenkasten an das Auto zu tragen
und zu befestigen. Bald darauf tritt ein hübsches Mädchen, die „gnädige Frau“.
Die Hofe folgt mit einem kleinen Korb voller Handtasche und öffnet
den Schlag; die „Gnädige“ steigt ein und nach einem: Auf Wieder-
sehen gnädige Frau und gute Besserung! fährt der Wagen davon —
der Schweiß entgeht.

Dort will sie sich von ihren „Sorgen“ erholen, dort wird sie die
Sonne sehen —

Eine belebte Straße an einem dicht an der Großstadt liegenden
Waldchen. Arbeiter, die von der Schicht kommen, junge Burken und
sichere Mädchen, Frauen mit ihren Kindern, Radfahrer und Autos.
Ein Bild, wie man es jeden Tag in einer Großstadt beobachtet.
Aus diesem Menschenmeer kommt ein Mensch, eine Frau
herangequält. Tiefe Runzeln im Gesicht. Schneeweißes Haar. Sie
mag wohl längst die siebzig überschritten haben. Auf dem Rücken
schleppt sie eine große, schwere Reisigkette. Man merkt es, daß die
Bürde ihr Qualen bereitet. Doch wie kommt sie daher? Ihre beiden
Hände halten je einen Krüdengriff umklammert. Ja, auf Krüden
schleppt sie sich dahin, denn sie hat nur ein Bein.

Jetzt, im Mai schon, schleppt sie ihren Winterbedarf zusammen,
um in der kalten Zeit nicht zu frieren. Und einige Jahre vielleicht
noch, wenn sie ihren Winterbedarf nicht mehr zusammenfassen kann,
stellt man auch ihre eine Reise zur Verfügung — in einem Armen-
wagen zum Friedhof.

Die Menschen hasten vorbei und beachten sie kaum.
Ihr hat man die Sonne gestohlen! W. J. Zuchowka

Das moderne Kleid

„Hallo, bist du es, Ludwig?“
„Ja, bin es, mein Engel.“
„Von wo telefonierst du?“
„Vom Büro. Ich verzehre soeben mein Gabelstüßchen. Hast du
die Seide bekommen?“
„Ja. Aber glaubst du nicht, daß das Material zu wenig ist?“
„Ach nein. Mach dich nur getroßt an die Arbeit.“
„Ich habe es schon zugeschnitten, mir kommt es aber vor, als
wäre es zu kurz.“
„Darüber brauchst du dich nicht zu sorgen.“
„Also gut. Daß du aber dann nicht schimpfst, wenn man die
Knie herauszieht.“
„Die Knie?“
„Ja, meine Knie.“
„Deine Knie?“
„Natürlich nicht die deinen.“
„Sprich doch keinen Unsinn! Die können aus meiner Krawatte
keine Knie hervorwachsen.“
„Aus deiner Krawatte?“
„Ich habe doch die Seide deshalb gekauft, damit du mir daraus
eine Krawatte machst.“
„Heiliger Gott! Und das sagst du mir erst jetzt, wo mein Kleid
schon fertig ist!“

Der augenschwache Bekehrte

„Meister, darf ich mal zum Ogenarzt?“
„Warum denn?“
„Ich muß mir 'ne Brille verschreiben lassen. Ich kann den
Befehl uff der Stulle nich mehr erkennen.“

Auch sie braucht Ruhe

„Gnädige Frau“, sagte der Arzt, „ich verführe Ihnen, daß
Ihnen nichts fehlt. Sie brauchen nur Ruhe.“
„Aber leben Sie sich doch bloß meine Zunge an!“
„Die braucht auch Ruhe!“



Gesundheit



Der Schrei

Du schlendest stumm durch Nacht und Stilleiten —
Kein Schatten zeichnet grelle Ornamente —
Und Dunkelheiten, Dunkel ohne Ende
Bedeckt die Welt mit ihren tausend Leiden.

Da, durch die nächtlich-stillen Westenträume
Peltst du schreiend ein Schrei zum Firmament empor.
Erschreckend tastest du dich wach aus deinen Träumen —
Ein Menschenschrei — ein Ruf — ein Stöhnen trifft dein Ohr.

Und irgendwo wird man ein Kind geboren!
Ein Mutterleid mit seinen wilden Wehen,
In seinen Schmerzen, die zum Schöpfer fliehen —
Die Mutter schreit in heißen, heißen Zähnen.

— Du aber stolperst weiter in die Nacht
In Träumen hingegeben, neu verloren
... So war es auch, als du zur Welt gebracht!
Ein Schrei, ein Ruf, und neues Leid, es ist geboren.

Willy Wagner-Glaser

Beruf und Altern

Wehe dir, wenn du dich den vierziger Jahren nährst! Für viele Tausende von schaffenden Menschen ist dann im heutigen Arbeitsleben kein Platz mehr. Muß das so sein?

Und wehe dir, wenn du dich den vierziger Jahren nährst! Dann leiden ungeheure Massen unter diesem Alterwerden. Und warum? Weil das soziale Leben von heute einfach brutal nach dem Alter scheidet. Muß das so sein?

Einen Einblick in diese sozialen Verhältnisse und seelischen Leiden derer, die in diese kritischen Jahre des Alters hineingeführt werden, finden wir in einer Untersuchung, die der Privatdozent Dr. Fritz Giese von der Technischen Hochschule in Stuttgart durchgeführt hat. Er hat auf seine Fragen nach dem ersten Erlebnis des Alters rund 1000 Einzelantworten erhalten, die er in einem neuen Bande der „Deutschen Psychologie“ veröffentlicht hat.

Da ist zunächst bezeichnend, daß nach diesen Untersuchungen durchschnittlich erst im 49. Jahre überhaupt ein Altern verspürt wird. Also rund um das 50. Lebensjahr, während im heutigen Berufsleben praktisch ein viel früheres Alter angenommen wird, mit dem man das Auf-die-Straße-Gehen begründen zu können glaubt.

So kommt es, daß so viele als arbeitsunfähig entlassen werden und als arbeitsunfähig keine Arbeit im gewohnten Berufsleben mehr finden, weil behauptet wird, sie seien zu alt, während sie selber von einem Nachlassen ihrer Leistung nichts merken. „Habe Lebensfreude, Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit“, so heißt es da zum Beispiel in einer bezeichnenden Antwort, und doch: „nun fühle ich trotzdem, daß ich alt werde. Und warum? Weil man mir täglich sagt, ich sei zu alt. Durch die Rationalisierung abgebaut, kann ich trotz bester Zeugnisse keine Stelle mehr aufreiben, weil ich zu alt bin. Wie zuvor habe ich daran gedacht. Also durch Suggestion beeinflusst, bin ich alt. Gähne ich wiederum Arbeit und Verdienst, sicher würde ich noch lange nichts vom Alter verspüren.“

So leiden diese Menschen doppelt unter dieser unförmlichen Ordnung des Arbeitslebens. Man nimmt ihnen das Brot und mit dem Brote die Lebenslust. Sie werden alt, ohne alt zu sein. „Das Altern wird naturgemäß“, so schreibt Giese an anderer Stelle, „beruflich zum einsinkenden Erlebnis, wenn der Beruf aufgegeben werden muß. Das kann vorzeitig eintreten als Invalidität, aber auch zwangsläufig im Sinne des Abbaus. Beide Fälle ergeben naturgemäß innere geistige Spannungen. Auch das Beobachten eines langjahren Abgleitens kann in dieser Beziehung eine unheimliche Aussicht eröffnen und das Berufs-schicksal zu tragischer Entwicklung führen.“

Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß die Menschen, die später ihren Beruf wechseln und damit spät in ihr richtiges Arbeitsleben kommen, eher als die Kollegen unter einem Altern leiden. Diese Feststellung ist praktisch bedeutsam, insofern sie uns zeigt, wie wichtig auch seelisch für den Menschen die Berufsberatung ist.

Eine wichtige Mahnung bedeutet uns auch die Tatsache, daß die Ungelernten eher zum Altern kommen und daß bei ihnen eher ein Verfall zu verspüren ist. Es ist eine wichtige Aufgabe für uns, dafür zu sorgen, daß jeder einzelne des schaffenden Volkes mit einer gewissen beruflichen Bildung durchdrungen wird und daß jedem eine Durchgeistigung zuteil wird. Der Mensch ist nicht berufen, wie eine Maschine zu schaffen, teilnahmslos, ohne innere Verbundenheit. Wird der Mensch zur mechanischen Maschine mißbildet, dann leidet er unter seinem Maschinenwesen, dann wird er vorzeitig alt und dann wird er von dem gleichen Kapitalismus auf die Straße gesetzt, der ihn vorzeitig alt machte.

Das gilt natürlich auch für die, deren Arbeit eine Ausbildung voraussetzt. Die Mechanisierung des Lebens nimmt zu für alle, und darum wird der Beruf immer mehr das in die Erscheinung treten lassen, das da von diesen armen, gequälten Menschen in ihren Antworten zum Ausdruck gebracht wird. „Nicht daran, daß meine Haare grau wurden“, so heißt es da zum Beispiel in einer Antwort, „habe ich gemerkt, daß ich alt geworden bin, sondern am Schwunde der jugendfrischen Lebensinteressen, der eigentlichen Freude am Leben. Vielleicht hat mich die lange Dienstzeit (27 Jahre) in der Dreimühle zer-mürdet.“

Das selbstherrliche Walten von Arbeitgebern im modernen Arbeitsleben hält nicht nur so vielen unberechtigt das Brot vor, dieses wirtschaftliche Germentum zerstört auch bei ungeheuren Massen das seelische Glück, die Freude am Leben. Dieses unsoziale Leben unserer Zeit macht vorzeitig alt. Es zermürdet eher als nötig die lebendige Schwingkraft. Es trübt vorzeitig den Blick für das Schöne, Gute und Große. Es lähmt. Und wenn wir dann von Entlassungen hören und vom vergeblichen Bemühen um Brot, dann liegt da mehr vor als der Kampf um die Arbeit. Dann vollzieht sich da, wie diese Antworten aus allen Kreisen des Arbeitslebens zeigen, von uns unbeachtet, ein seelisches Altern und der Herbst fahrt durch das Leben, der vorzeitige Herbst.

Der Plattfuß und seine Bekämpfung

Das Vorkommen des Plattfußes stellt heute eine weitverbreitete und durchaus nicht ungefährliche Volkskrankheit dar. Der Spruch des Hygienikers Lange: „Im sozialen Sinne zerstört keine Krankheit so viele Existenzen, wie der Plattfuß“, ist heute allgemein anerkannt. Angehörige aller Berufe, sind in hohem Maße von diesem Übel schwer bedroht und eine vorbeugende Gewerbehygiene sieht die erfolgreiche Behandlung dieser Erkrankung als eine ärztliche und soziale Aufgabe an.

Eine Arbeit von Dr. Ernst Fischer wird zur Aufklärung über diesen Gegenstand viel beitragen. Dr. Fischer ist Spezialarzt für Orthopädie und Röntgenologie am Stephanshospital zu Budapest. Er hat namentlich die gewerbehygienische Bedeutung des Knickplattfußes zu einem Sonderstudium gemacht und fand ein Verfahren zur Hebung der Plattfußbeschwerden durch Herstellung eines Apparates, der ein Modellieren des Fußes im Belastungs-zustande gestattet, was sehr wichtig ist und eine wertvolle Verbesserung gegenüber der bis jetzt üblichen Art bei der Anfertigung von orthopädischen Einlagen und Schuhschleifen darstellt.

Die durch den Plattfuß hervorgerufene, das Gleichgewicht störende Veränderung des Fußaufbaues ist stets zunehmender Natur. Schützen wir den Fuß nun nicht vor weiterem Ruin, so stellen sich im Laufe selbst, in den Knochen und Knorpeln, in der Muskulatur und sogar in den Nerven der unteren Gliedmaßen und des Rückgrates verschiedene Veränderungen und Schmerzen ein, die zur Arbeitsunfähigkeit führen können.

Sobald aber die Knochel- und Fußwurzelgelenke abnorm beweglich geworden sind, wird, um die weitere Verschlimmerung zu verhindern, eine orthopädische Stütze, eine Einlage nötig. Weil die Umbildung des Fußes aus einer Verbindung bei den verschiedenen von ganz unterschiedlichen Einzelheiten besteht, so ist in jedem Falle eine rein persönliche Behandlung durchaus notwendig. Die weit verbreitete Methode, fabrikmäßig hergestellte Einlagen zu tragen, kann zur Heilung oder auch nur zur Wiltberung der Beschwerden nicht beitragen.

Richtig ist ein Verfahren, bei dem der Fuß im belasteten Zustand auf den günstigsten Zustand gebracht und in dieser Form modelliert werden kann. Das ist durch die Hand unbedingbar, dazu ist ein Apparat hergestellt worden, auf den der Kranke sich stellen und dessen Austrittsfläche durch ein Hebelwerk nach Bedarf an jeder Stelle geformt werden kann, trotz des darauf lastenden Körpergewichtes. So kann man die günstigste Wiederherstellungsform erreichen.

Der Bau und die Benutzung dieses Apparates ist einfach. Die Austrittsfläche besteht aus schmalen Querscheiben, die in der Mitte gelenkig in zwei geteilt sind und einzeln durch Hebel gehoben, gesenkt, nach beiden Seiten geneigt, zu einer konvexen und konvexen Oberfläche gestaltet werden können. Außerdem kann jedes Element nach rechts oder nach links verschoben werden.

Die Herbeiführung der günstigsten Stellung im Belastungszustande und das Modellieren geht wie folgt vor sich: Zuerst stellt man die Ferse entsprechende Querscheiben in die Höhe des Abjages ein; der Kranke stellt sich auf die Austrittsfläche, die in der Fersegegend in eine schiefe Ebene verwandelt wird. Nachher bestimmt man das innere und das äußere Längsgewölbe, indem die entsprechenden Querscheiben in die erforderliche Höhe zu heben sind. Zuletzt wird das Quergewölbe hergestellt, und zwar in der ganzen Länge des Mittelfußes, indem man dessen Austrittsfläche in eine nach oben konvexe Fläche vermindert. Wenn der Kranke nun von dem Apparat heruntertritt, so behält dieser die ausgestaltete Oberfläche bei. Dem Fuße wird eine Gipsbinde angelegt, die von den Knöcheln bis zu den Mittelfußköpfen recht fest, von hier nach vorne zu recht lose sein muß, damit die Beine bequemen Spielraum haben. Nun stellt sich der Patient wieder auf die im voraus eingestellte Austrittsfläche des Apparates und verbleibt dort bis zur vollkommenen Erhärtung des Gipsverbandes. Der Kranke fühlt genau das Maß der Korrektur, so erfolgt das Anfertigen der Modelle auf genaue Art. Das negative Modell wird vom Fuße entfernt, mit Gips ausgegossen und auf das so erhaltene positive Modell gezeichnet man die Form der anzuherstellenden Einlage, die dann genau auf den Fuß paßt.

Reichsunfallverhütungswoche

Im nächsten Jahre, in der Zeit vom 20. bis 26. Januar, wird eine Reichsunfallverhütungs-Woche stattfinden. Veranstalter ist der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften. Die Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung, der neben den Verbänden der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften die Spitzenverbände der Gewerkschaften, der Verein der deutschen Maschinenbau-Ingenieure, der Verein der Gewerbeaufsichtsbeamten, die Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure und das Reichsversicherungsamt angehören, werden sich an der geplanten Unfallverhütungspropaganda beteiligen. Ebenso dürfen sämtliche Behörden, Organisationen und Verbände, die bei der Reichsunfallverhütungswoche mitwirken, auch hierbei mitarbeiten. Die Kosten für die Veranstaltung während der Reichsunfallverhütungs-Woche werden von den Berufsgenossenschaften getragen.

Während der Unfallverhütungswoche sind Vorträge, soweit es die örtlichen Verhältnisse gestatten, mit Lichtbild- und Filmaufführungen vorgezogen. In Aussicht genommen ist auch, auf die besonderen Aufgaben der Betriebsvertretung bei der Eindämmung der Unfall- und Gesundheitsgefahren hinzuweisen. Ebenso sollen gewerbehygienische Maßnahmen und die Bekämpfung der Berufs-krankheiten Berücksichtigung finden.

Ein besonderer Nachdruck wird auf die Unfallverhütungspropaganda in der Schule gelegt. Auch in den Berufsschulen, höheren Lehranstalten, technischen Hochschulen soll in zweckentsprechender Weise auf die Unfallverhütung und die Wege zu ihrer wirksamsten Durchsührung hingewiesen werden. Die Jugendabteilungen der Gewerkschaften werden sich gleichfalls in dieser Woche mit den Fragen der Unfallverhütung und der ersten Hilfe bei Unfällen zu beschäftigen haben. Schließlich soll während der Reichsunfallverhütungs-Woche nachhaltig wirkendes Propaganda- und Lehrmaterial in die Hände der wertvollen Bevölkerung, vor allem auch der Jugend gebracht werden. Auch die bereits in großer Zahl vorhandenen Unfallverhütungsbilder, wie ein eigenes für die Reichsunfallverhütungs-Woche hergestelltes Werbeplakat werden als Propagandamittel dienen.

Zur Vorbereitung und Durchführung der Reichsunfallverhütungs-Woche in den einzelnen Orten ist die Bildung von Ausschüssen geplant. In diesen Ausschüssen ist neben den Vertretern der Berufsgenossenschaften, der Unternehmervereinigungen und der Gewerkschaften auch an eine Mitarbeit der Gemeindeverwaltungen und sonstiger am Orte befindlicher Behörden gedacht. Als Zwischenorganisation zwischen der Berliner Zentralstelle und diesen Ortsausschüssen wird in allen Landes- und Provinzhauptstädten gleichfalls ein entsprechender Ausschuss gebildet werden. In diesen Ausschüssen werden die Bezirksleitungen der Gewerkschaften und des LAGB mitzuwirken haben.

Das Programm der Reichsunfallverhütungs-Woche steht noch nicht endgültig fest. Es wird jedoch nur eine Art Rahmen darstellen, der den örtlichen Stellen zeigt, in welcher Weise die Unfallverhütungspropaganda gestaltet werden kann, im übrigen ihnen aber volle Bewegungsfreiheit läßt.

Eine Senkung der Unfallziffern und eine Einschränkung der durch die Gefahren des täglichen Lebens eintretenden Verluste an Arbeitskraft und Gesundheit müssen die sichtbaren Erfolge der Reichsunfallverhütungs-Woche werden.

Es ist notwendig, alles einzusetzen, daß die Reichsunfallverhütungs-Woche nicht nur äußerlich wirkungslos in Erscheinung tritt, sondern auch praktische Resultate dabei erzielt werden.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 1. September 1928 in Hamburg der beabsichtigten Unfallverhütungspropaganda volle Unterstützung zugesagt. Den Gewerkschaftsmittgliedern ermächtigt nun die Pflicht, zum guten Gelingen der Reichsunfallverhütungs-Woche durch gute Mitarbeit beizutragen.

Keine Betriebskrankenkasse ohne Betriebsrat

Nach der Reichsversicherungsordnung ist zur Errichtung einer Betriebskrankenkasse die Zustimmung des Betriebsrates erforderlich. Ist kein Betriebsrat vorhanden, so ist man sich nach Auffassung der Sachverständigen, der sich auch das sachliche Arbeits- und Wohlfahrtsministerium in einer Entscheidung vom April d. J. angeschlossen hat, darin einig, daß die Zustimmung auf jeden Fall dann zu verweigern ist, wenn das Nichtzustandekommen des Betriebsrates keinen Grund ganz oder zu einem wesentlichen Teil darin hat, daß der Arbeitgeber seine ihm obliegenden Pflichten nicht oder nicht ordnungsmäßig erfüllt hat. Meinungsverschiedenheiten bestehen noch darüber, ob die Genehmigung zulässig ist, wenn die Bildung des Betriebsrates ausschließlich durch das Verhalten der Arbeitnehmer während eines längeren Zeitraums verhindert worden ist. Die Gründung von Betriebskrankenkassen ohne Zustimmung einer Betriebsvertretung dürfte schon deshalb gegen die allgemeinen Grundsätze des deutschen Sozialversicherungsrechtes verstoßen, weil dieses Recht der Arbeitnehmer-schaft in der Krankenversicherung den überwiegenden Einfluß zu-billigt und anerkennen ist, daß eine Betriebsbelegschaft, die von den ihr gesetzlich zugewiesenen Rechten keinen Gebrauch macht, auch nicht in der Lage sein wird, sich an der Leitung einer Kasse entsprechend zu beteiligen.



Wie schützt man sich gegen Typhus?

Der Typhusbazillus gelangt auf dem Wege durch den Mund in den menschlichen Körper, entweder durch Infektion von Mensch zu Mensch oder indirekt durch Bakterien, die sich im Trinkwasser, in der Milch oder sonstigen Nahrungsmitteln (Ei, Gemüse usw.) befinden. Da der erkrankte Mensch die Typhusbazillen hauptsächlich durch Kot und Emen ausscheidet, ist auch die Reinigung der Theorie von besonderer Wichtigkeit. Überhaupt kann nur peinliche Sauberkeit vor Typhus schützen. Eßst und Getränke sind zu waschen, zu kochen, zu kühlen, und Milch ist möglichst nur abgekocht zu genießen. Wasser darf nur da getrunken werden, wo man seiner hygienisch einwandfreien Beschaffenheit sicher ist.

Als ein besonderes Übel sieht es Dr. Fischer an, daß nach dem Augenmaß zugegriffen: schwache Stühle Kort oder Leder, die bei-läufig dem Längsgewölbe entsprechend in den Schuh eingeklebt werden, sich auf den schwächsten Teil der Fußsohle stützen und durch-aus unzufrieden sind, das Gewölbe zu halten und die Senkung der Quergewölbe aufzuhalten. Diesen Fehler besitzen auch alle fertig-käuflichen Einlagen, mögen sie auch unter noch so schwungvoller Reklame angepriesen werden. Während der Kranke die nicht passenden Einlagen trägt, verläumt er die zur Wiederherstellung geeignete Zeit.

Auch die Krankenkassen geben meist nur derlei Ein-lagen; der Plattfuß wird dadurch von Tag zu Tag schlimmer, er-„fixiert“ sich und macht dann oft genug langwierige Behandlung im Krankenhaus notwendig. Die Folgen sind für den Arbeiter dann traurig genug: die Wiltberung der Füße macht eine große Zahl entweder arbeitsunfähig oder der erlernte Beruf muß mit einer geringwertigeren Arbeit vertauscht werden.

Ob die nach Gipsmodellen angefertigten Einlagen aber die ge-wünschte Besserung herbeiführen vermögen, ist eine noch offene Frage, deren Beantwortung von zwei Umständen abhängt, nament-lich von der Art des Modellierens und von der Art der Ein-lage. Diese beiden Umstände sind jedoch gegenseitig noch nicht en-gültig ausgebal, denn sowohl orthopädische Verordnungen es auf der Welt gibt, so mannigfaltig ist die Art der Anfertigung der Modelle sowie die Form und das Material der Einlagen. Nach Dr. Fischer ist bei erfolgreicher Behandlung die richtige Modell-anfertigung für die herzustellende Einlage die Hauptsache.

Die Art des Modellierens war bisher recht ungenau. Wenn das Modell von einem belasteten Fuße genommen wird, so er-hält man ein verflächtigtes Modell, das nur die Anfertigung einer un-vollkommenen Einlage erlaubt. Wird die Einlage von einem an-be-lasteten Fuße genommen, so kann sie auch beim Gehen nichts-taugen. Um einen Ausweg zu finden, muß der Kranke vor dem voll-ständigen Erstarren des Gipsverbandes aufstehen und dem Ent- stehen von Klumpfüßigkeit und der Gerodbeugung durch Druck der Hände entgegenwirken. Aber auch so gelingen Modelle nur recht-selten und zuwackelweise.



Verbandsleben



fernöstliche Firmen und Belegschaften

Trossen ist eine Kreisstadt an der Ober mit 8000 Einwohnern. Die Metallindustrie zählt einige gut organisierte Betriebsbelegschaften, nur in einer Fabrik mit etwa 40 Arbeitern ist kein Organisiertes vorhanden. Trotzdem durch Verbindlichkeitsklärung die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt sind, richtet sich die Leitung dieser Fabrik nicht danach. Nach dieser Regelung kommen ohne Zustimmung der Arbeiter wöchentlich höchstens 52 Stunden Arbeitszeit in Betracht. Von den Leuten der erwähnten Fabrik werden täglich 12, 14 und mehr Stunden geleistet, und auch noch Nacht- und Sonntagsarbeit. Der Wochenverdienst beträgt trotz dieser langen Arbeitszeit 15 bis 25 M für Frauen und selten mehr als 30 M für Männer. Es gibt Stundenlöhne von 18 bis 19 S. Als unser Verband vor einigen Jahren die Verhältnisse bessern wollte, wurde dies von der Firma durch allerhand Maßnahmen und durch die Laune der Kollegen vereitelt.

Sept. (Oktober 1928) wird vom Verband ein neuer Versuch gemacht. Ein erheblicher Teil der Kollegen hat den Weg zum DMB gefunden. Der Gewerbetar ist erfüllt worden, die Firma zur Einhaltung der Bestimmungen über Arbeitszeit usw. anzuhalten. Die Wahl einer Betriebsvertretung ist bei der Firma beantragt worden und wird, wenn notwendig, mit Hilfe der Gewerbeaufsichtsbehörde durchgesetzt werden. Von der Firma wird die Bezahlung der für ihren Betrieb geltenden Löhne verlangt. Schon trifft sie dagegen ihre üblichen Maßnahmen: Arbeiterinnen werden vom Meister und Buchhalter über den Grund des Vorgehens der Arbeiter befragt. Es wird der Rat erteilt, nicht dem DMB zu folgen, sondern als Unorganisierte sich auf die — Fürsorge der Firmeneinhaber zu verlassen. Diesmal werden die Kollegen hoffentlich nicht darauf hereinfallen. Die Firma wird ihren Arbeitern Verdienst wie Arbeitszeit nach den Bestimmungen gewähren müssen, die vom DMB mit dem Arbeitgeberverband vereinbart sind.

Frankfurt a. M. ist eine Stadt mit 70 000 Einwohnern. Die Metallindustrie ist durch Klein- und Mittelbetriebe vertreten. Als Sitz der Handwerker werden die fast am besten bekannten Eiten des Saar- und der Innungen besonders gepflegt. Etena: Am 23. März 1928 wurde eine Sitzung der Schmiedegesellen anberaumt, außer 16 Gesellen waren der Obermeister Jöllner und von der Handwerkskammer der Inspektor Purps anwesend. Es sollte eine Vereinigung der Schmiedegesellen gegründet werden. Der Vertreter der Handwerkskammer, Purps, hielt die entsprechende Rede. Diese neue Vereinigung der Gesellen soll die tariffähige Organisation der Arbeiter zum Abschluß eines Tarifvertrages mit der Schmiedekammer sein. Ohne Ausnahme wurden die Satzungen der neuen Vereinigung aufgestellt, durch Unterschrift anerkannt und der Vorstand bestellt. Später sollte Stellung zur Gesellenfahne, Herberge usw. genommen werden.

In den Monatsversammlungen von April bis Juni beschäftigte man sich mit dem abzuschließenden Tarifvertrag. Eine Einigung wurde nicht erzielt, so daß im Juni 1928 eine zweite Versammlung abgehalten wurde, in der sämtliche Schmiedemeister und Gesellen anwesend waren. Ein Teil der Gesellen war inzwischen — Mitglied des DMB geworden. Die Meister hielten es nun für sehr eilig, den Vertrag abzuschließen und dabei auch einige Wünsche der Gesellen auf frühen Arbeitslohn am Sonntagabend zu berücksichtigen. Eine Ende Juni 1928 vom DMB an die Schmiedekammer gefundene Vorlage zum Abschluß eines Tarifvertrages blieb unbeantwortet. Es wurde dann bekannt, daß der Vorstand der Gesellenvereinigung am 22. Juni 1928 seine Unterschrift unter die Vorlage der Schmiedekammer gesetzt hatte. Am 28. Juni 1928 wurde ein Antrag auf Auflösung der Gesellenvereinigung gestellt, weil von den 16 Mitgliedern inzwischen 12 dem — DMB beigetreten waren. Die Auflösung der Gesellenvereinigung wurde am 14. August 1928 beschlossen, das Protokollbuch mit den sonstigen Akten des DMB übergeben. Die Schmiedekammer wird nun doch mit dem gewählten DMB über einen Tarifvertrag verhandeln müssen. Die zuständige Aufsichtsbehörde wird Herr Purps von der Handwerkskammer beehren müssen, daß es nicht seine Aufgabe ist, Gesellenvereinigungen zu gründen.

Selten, ein Vorort Berlins mit 10 000 Einwohnern, ist ein Industriestand mit einer Arbeiterbevölkerung im Rathaus. Die Metallindustrie ist (außer dem im Bereich von Hennigsdorf gelegenen Stahl- und Walzwerk) hauptsächlich durch die Sicherer der Betr. Fabrik mit 120 Beschäftigten vertreten. Das Arbeitsverhältnis ist tariflich geregelt. Die Verdienste übersteigen den festgesetzten Mindestlohn erheblich. Am Orte herrscht Arbeitsmangel. Die Belegschaft besteht zum großen Teil aus Arbeitern der umliegenden Dörfer. Von den Arbeitern werden die Schulvorschriften nicht beachtet. In der Sicherer arbeitet man barfuß, nur mit der Hose bekleidet. Der Gewerbetar verlangt von der Sicherer Einhaltung der Schulvorschriften der Berufsgenossenschaften. Die Firma beschafft Holzschuhe und gibt sie an die Hälfte des Einstandspreises an die Arbeiter ab. Trotzdem erscheinen die Arbeiter ohne Fußbekleidung. Die Schuhe werden mit Schwamm außerhalb des Betriebes verkauft. Für die Gewerkschaft ist die Belegschaft der Sicherer wenig zu haben. Man kämpft über den DMB und erklärt seine Führer als Betrüger des Arbeiterbewusstseins. Die so kämpfenden Leute aber können nicht früh genug in den Betrieb kommen. Sie übersteigen bei geschlossenen Toren alle Hindernisse. Die Firma mußte deshalb unter dem 7. September 1928 folgenden Aufruf:

Wir haben festgestellt, daß Leute vom Tagelohn schon heute wieder vor 5 Uhr im Betriebe waren. Wir dulden das für die Folge nicht mehr. Die Arbeitszeit beginnt ihre Arbeitszeit um 6 Uhr. Einmal pro Arbeit ist 5 Uhr 45. Wer früher kommt, wird für die Folge nicht mehr hergelassen, sondern kann bis zu diesem Zeitpunkt auf der Straße stehen bleiben.

Von Zeit zu Zeit gestaltet sich die Betriebsleitung mehr oder weniger erhebliche Abzüge von dem Akkordpreis. Der Kampf dagegen war wenig erfolgreich in Abbruch der Gefährdung der Belegschaft. Erst kürzlich hat ein Teil des Weg zum DMB gefunden. Hoffentlich gelangt es, das Verhalten der Belegschaft so zu ändern, daß sie sich die Achtung der übrigen Arbeiterfahne erwirkt.

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Bezirk Brandenburg. Die Lohnbewegung für die Schiffszimmerer der Obergruppe ist durch einen Schiedsspruch wie folgt geregelt: Die bestehenden Löhne werden vom 1. Oktober an um 3 S erhöht, so daß der Epigolohn 97 S beträgt. Die Gesamtlohnsteigerung in diesem Jahre beträgt mithin 9 S. Wenn eigenes Werkzeug verwendet, wird eine besondere Entschädigung von 3 S für jede einzelne Arbeitsstunde bezahlt. Da die Unternehmer den Schiedsspruch ablehnten, hat die Bezirksleitung Brandenburg die Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Bezirk Hagen. Der Versuch der Firma Ferdinand Hode in Solingen, die Akkordpreise zu verringern, ist durch einen Streik von wenigen Tagen erfolgreich abgewehrt worden. Die Firma hat sich verpflichtet, künftig die alten Akkordpreise anzuerkennen.

Bezirk Hamburg. Die Löhne für die Arbeiter in den Betrieben des Verbandes der Metallindustriellen Schleswig-Holsteins mit dem Sitz in Neumünster wurden um 5 S in der Spitze erhöht. Der Lohn beträgt demnach für Gelehrte 87 S, für Angelehrte 78 S und für Ungelehrte 75 S.

Bezirk Köln. Für die Schmiede in Köln wurde der Epigolohn um 5 S erhöht, so daß er 120 M für die Stunde beträgt.

Bezirk Stuttgart. Für die Heizungsinstallateure in Stuttgart wurde ein neuer Zonentarif für die Montagezulage und eine höhere Aufwandsentschädigung vereinbart. Danach ist diese Zulage erhöht: Für jeden Arbeitstag für Zone 1 von 55 auf 90 S, Zone 2 von 120 auf 160 M und Zone 3 von 250 auf 275 M.

Jubilärfest in Oggersheim

Bahreid waren die Kollegen erschienen, um die Mitglieder, die 25 und mehr Jahre dem DMB angehören, zu feiern. Kollege Gebertel von der Ortsverwaltung begrüßte die Versammlung. Ihm folgte Kollege Rau als Festredner, der die Lebensverhältnisse der Metallarbeiter vor der Verbandsgründung schilderte und die Mühe, den Verband zu seiner heutigen Größe zu bringen. Gewiß sei der DMB jetzt die größte Gewerkschaft der Welt, aber es gelte noch anständige Metallarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Die Jubilare, die in allen Stürmen der Organisation die Treue gewahrt, stellt der Redner dem jüngeren Geschlecht als Vorbild hin. Wie diese, so mühten auch sie den Weg zur Organisation finden und mitkämpfen bis zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse. Die Ehrung der Jubilare erfolgte durch Überreichung von Urkunden, und zwar an die Kollegen: Laux, Wülfcher, Donition, Tavernier, Benz, Reisch, Schaffner, Hacht, Mayer und Steiglinger. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Laux und erwähnte besonders die Jugend, der Organisation beigetreten. Musikalische Darbietungen sowie Gelächerspiele des Arbeiter-Sängerbundes umrahmten die Feier. Mit einem Ball, der bis zum Morgen dauerte, fand die schöne Feier ihr Ende.

Die Verwaltungsstelle Emswörden-Nordenham veranstaltete ebenfalls eine Feier für ihre 19 Jubilare. Der Saal Rüstringer Hof war sehr gut besetzt. Die Festrede hielt Kollege v. Heule (um Bremerhaven), der die Entwicklung des Verbandes darlegte, auch auf die Vorgänge im Nordwestdeutschen Reichsverband hinwies und so das Kämpfen und Wirken der Organisation schilderte. Die Rede schloß mit einer Mahnung, treu und beharrlich beim Verbandszuge zu bleiben wie die Jubilare. Für die Frauen sprach Kollege Lorenzen. Er schloß mit einem Hoch auf die treuen Lebensgefährten der Jubilare. Ein Tanzkränzchen beschloß den schön verlaufenen Abend.

Die Verwaltungsstelle Krefeld feierte am 20. Oktober ihr 35-jähriges Bestehen und ehrte zugleich fünf Mitglieder, die dem Verbands 25 Jahre angehören. Bis auf den letzten Platz war der Saal besetzt. Der Bevollmächtigte, Kollege H. H. H. H., begrüßte die Versammlung wie die Jubilare. Die Festrede hielt unser Bezirksleiter, Kollege Sch. Er erwähnte die jüngeren Kollegen, sich die Alten als Vorbild zu nehmen. Redner dankte den Jubilaren für die dem Verbands erwiesene Treue. Ihnen wurde eine Ehrenurkunde, eine silberne Verbandsnadel sowie ein Blumenkranz überreicht. Kollege H. H. H. dankte für die Jubilare für die Ehrung und sparte in seiner Rede die jüngeren Kollegen an, es den Alten gleichzutun. Ein anschließendes Kränzchen, bei dem die Alten mit den Jungen mitwirkten, hielt die Teilnehmer bis in den frühen Morgen beisammen.

Die Verwaltungsstelle Krefeld feierte am 1. November an ihre Generalversammlung eine Jubilärfest ab. Kollege Richard Gröbler von der Bezirksleitung überbrachte zunächst die Grüße und Glückwünsche des Vorstandes und der Bezirksleitung, hob dann hervor, daß wiederum 11 Kollegen 25 Jahre der Organisation angehören, so daß in der verhältnismäßig kleinen Verwaltungsstelle bis jetzt 65 Jubilare vorhanden sind. Das zeige davon, daß die Organisation hier einen guten Stamm Kollegen habe, die rechtzeitig den Wert der Organisation erkannt haben. Sodann wurde von der Verwaltungsstelle, die in diesem Jahre 35 Jahre besteht, jedem Jubilar eine Ehrenurkunde überreicht. Gefellig blieben die Kollegen noch lange zusammen.

Willi Stahl 25 Jahre Schriftleiter

Im Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker lesen wir, daß Willi Stahl am 1. November sein 25-jähriges Jubiläum als Schriftleiter bezaugelt hat. Der Jubilar trat nach dem Tode des Gründers des Buchdruckerverbandes, des Genossen Härtel, in die Schriftleitung des „Korrespondenten“ ein. Damals war noch Rudolph Rehmert, der vielgeliebte und vielbekämpfte, in der Redaktion. Nach dem Ausscheiden Rehmerts trat Willi Stahl mehr in den Vordergrund, und ihm ist ein gut Teil des hohen Aufstiegs des Verbandes der Buchdrucker zu verdanken. Somit der Anteil seiner beiden Kollegen Helmholz und Schöpper gewiß nicht vernachlässigt wird, denen ja seit Jahren die Hauptarbeit des „Korrespondenten“ zufällt, da Straßs Aufsatz und reiche Erfahrung der Verbandsgeheimnisse der Buchdrucker gewidmet ist. Aus gelegentlichen Veröffentlichungen des „Korrespondenten“ erhält man die Gewissheit, daß diese Verbandsgeheimnisse der besten Art gleichkommen wird. Kollege Stahl ist aber nicht bloß Schriftleiter und Geheimschreiber, er ist auch in der Diktatur beflissen. Indessen scheint kein Pegasus der früher häufige Antenne nahm, wurde geworben zu sein. Aber eben nur der Pegasus, nicht ein Reiter, denn dieser ist noch so lebendig wie immer. Auch der Humor, der leider gar vielen bei der Schriftleiterarbeit abhanden kommt, ist bei Willi Stahl noch immer vorhanden. Dies kann als ein gutes Zeichen dafür gelten, daß sich der Jubilare Genossenschaft nun wieder sehr geliebt hat und daß wir ihn noch viele Jahre in der Zunft der Gewerkschaftsredakteure behalten. Das wünschen wir uns und besonders auch unsern Jubilare und Freunden, dem wir von fernem unsere herzlichsten Glückwünsche darbringen.

Hermann Jockel

Hermann Jockel, der Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes, ist am 2. November einer schweren Krebskrankheit erlegen. Seit er der Krebs, den der Tod Jockels für den Deutschen Textilarbeiterverband bedeutet. Unter seiner Führung hat der Verband eine große Stellung errungen. In der deutschen wie in der internationalen Textilarbeiterbewegung hatte Jockels Name einen guten

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Telephon-Nummern: S.-A. 62441, 62442, 62443

Mit Sonntag dem 18. Nov. ist der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. November 1928 fällig.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens in diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Verantwortung geteilt wird. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6229851, lautend auf den Klempner Erhard Orler, geb. am 3. Dezember 1909 zu Hinderburg, (Hinderburg).

Stuttgart, Rötelstraße 16.

Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalten:

von Drechern und Siechern nach Graß (Andrieh Maschinenfabrik A. G.) D.

von Werksarbeitern nach allen Werftorten im Nord- und Ostseegebiet St.

A = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St = Streik in Sicht; St = Streik; W = Währungsregelung; Wt = Währungs; A = Aussetzung. Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Verbandsanzeigen

Hendenburg. Die Verwaltungsstelle sucht mit Antritt zum 1. Januar 1929 einen Geschäftsführer. Verlangt wird erste Kraft. Er muß mit den Einrichtungen unserer Organisation vertraut, rednerisch und organisatorisch befähigt und im Arbeitsrecht und der Sozialgesetzgebung bewandert sein. Fünfjährige Mitgliedschaft im Verbandsbedingung. Selbstgeschriebene Bewerbung mit Lebenslauf bis spätestens 23. November 1928 an den Kollegen Eimerl, Hendenburg, Wallstraße 5, mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzureichen. Als Geschäftsführer wurde der Kollege Wallbrecht, Stolberg (Nied.) gewählt. Allen übrigen Werbern besten Dank.

Klang. In Grimmitzschau, wo er am 20. Januar 1869 geboren, aufgewachsen und als Weber gearbeitet hatte, kam er schon frühzeitig zur Arbeiterbewegung. Im Jahre 1885 trat er in den dortigen Arbeiterverein ein. Als der große grimmitzschauer Streik am den Weihnachtstag ausbrach, wurde er vom Textilarbeiterverband zur Leitung der Bewegung berufen.

In harter Arbeit arbeitete er sich empor, ungeachtet aller Widerwärtigkeiten des Lebens, das für ihn viele Jahre recht kümmerlich war. Jockel war in Grimmitzschau von 1900 bis 1902 Stadtverordneter, 1903 wurde er Gauleiter des Textilarbeiterverbandes in Hannover. Seit 1906 war er Mitglied des Vorstandes des Verbandes. Von 1912 bis 1924 vertrat er den Reichstagswahlkreis Blauen-Elbnitz. Vom Juli 1923 bis 1928 war er Mitglied des Bundesvorstandes und in der Zeit von 1921 bis Frühjahr 1922 Arbeitsminister in Sachsen. Auch als Schriftsteller arbeitete er mit Erfolg. Aus seiner Feder stammen: „Der Kampf um den Weihnachtstag in Grimmitzschau“, „Die Streikfelder Seidenarbeiter“, „Übergangswirtschaft und Textilarbeiter“, die Erinnerungschrift an den grimmitzschauer Weihnachtstagenkampf und noch manch andere wertvolle Schrift.

Ein Leben reich an Arbeit und auch reich an Erfolgen für die Sache der Textilarbeiter — das war Jockels Leben. Die Erinnerung an ihn wird lebendig bleiben in den Reihen der freiorganisierten Arbeiterfahne. Hermann Jockel ist eingeschrieben im Herzen der Textilarbeiter.

Schriftenschau

Finanzbedarf und Steuern in Reich, Ländern und Gemeinden. Von Dr. Hans Jessen. Umfang 112 Seiten. Preis 2 M. — Die öffentliche Finanzwirtschaft von Reich, Ländern und Gemeinden als Ganzes — das ist der Grundgedanke dieses Buches. Es überblickt die gesamten Finanzen und damit auch die gesamte öffentliche Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden, in deren Haushalten ja eben diese öffentliche Verwaltung mit ihren Kosten sichtbar wird. Die gesamte Arbeit zeichnet sich bei streng wissenschaftlichem Material durch eine ungewöhnlich flüssige und anschauliche Darstellung aus. Verlag Deutsche Arbeit, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Genossenschaftskonferenz. Zweiter Teil der amtlichen Dokumente der Sowjet-Regierung. 220 M. Im Ost-Europa-Verlag, Berlin W. 35. Am 1. Juli 1928. Der Fall Kolling-Paas. Dargestellt nach Gerichtsakten und Zeitdokumenten von Rechtsanwalt Dr. Heinz Braun (Magdeburg). Vorwort von Reichsjustizminister a. D. Prof. Dr. Gustav Radbruch (Heidelberg). 18 Bilder und 2 Tafeln. 21 Seiten. Verlag W. Franckh & Co., Magdeburg. Preis 3 M. Wer erinnert sich nicht dieser magdeburger Justizjäre! Kampf eines Unschuldigen um seinen Kopf! Der eigentliche Mörder in Schutz und Obhut bei einem Kriminalkommissar, einem Untersuchungsrichter und einem Landgerichtsdirektor. Eine Anklageschrift nennt Prof. Radbruch die vorliegende Darstellung des Falles Kolling-Paas.

Niederchrift der Verhandlungen der fünften Radierer-Konferenz. Herausgegeben vom Verband der Maler, Radierer, Anstreicher, Läufer und Weißbinder Deutschlands, E. H. Hamburg.

Der rote. Von Jack London. Die unerwähnte Phantasie des abenteuerlichen Erzählers beschränkt sich nicht auf Spaziergänge in der Nachbarschaft der Erlebnis. Dieser bewegte alle gegenwärtigen Autoren, der es sich hatte leisten können, lediglich in den Köpfen seiner unerschöpflichen Erinnerungen zu blättern, hatte eine Phantasie, die mit bezaubernder Selbstverständlichkeit in die Welt der Ahnungen vordringt. Der neue Band der hervorragenden ausgestatteten Jack London-Vollausgabe der Büchergilde Gutenberg, pro Band 3 M., der unter dem Titel der ersten Erzählung „Der rote“ 125 Novellen Jack Londons umfasst (erschienen im Kaiser-Wilhelm-Verlag, Berlin, Vollausgabe in der Büchergilde Gutenberg, Berlin, nur für Mitglieder), zeigt den Meister der großen spannenden Romane auch als unübertrefflichen Erzähler kürzerer Geschichten, und gleich die Titelnovelle läßt in die beispiellose Vertiefung von Dichtung und Wahrheit blicken, die das Geheimnis der großen Erfolge Jack Londons ist.

Klößners Klage lied

Der Geschäftsbericht der Klößner-Werke AG. für das am 30. Juni 1928 abgelaufene Geschäftsjahr erschien zu Beginn des großen Lohnkampfes in der nordwestdeutschen Eisenindustrie. Wir brauchen uns daher nicht darüber zu wundern, daß dieser Bericht ein einziges Klage lied ist. Die Dividende wurde von 7 vS auf 6 vS herabgesetzt. Dabei ist der Abschluß durchaus nicht so, daß wirklich Anlaß zu Klagen vorliegt. Die Dividendenherabsetzung hätte sich sehr gut vermeiden lassen, beträgt doch der Rohgewinn, der vor drei Jahren 19,5 Millionen, vor zwei Jahren schon 24,4 Millionen und im Vorjahre 32,8 Millionen betragen hat, diesmal sogar 33,5 Millionen Mark.

Seit dem vorigen Jahre arbeiten die Klößner-Werke mit einem Aktienkapital von 110 Millionen statt vorher 90 Millionen Mark. Im Vorjahre waren für die 7 vS Dividende demnach 6 300 000 M. erforderlich. Von den im Vorjahre ausgegebenen neuen 20 Millionen Mark Aktien sind aber 5 Millionen zur Verfügung der Verwaltung zurückgehalten worden und deshalb nicht dividendenberechtigt, und die restlichen 15 Millionen Mark neuen Aktien sind erst zur Hälfte dividendenberechtigt, so daß darauf nur 3 vS Dividende entfallen, mithin 4 500 000 M. auf die alten und 450 000 M. auf die neuen Aktien, insgesamt also 5 000 000 M. ausgeschüttet werden.

Hören wir nun, wie die Verwaltung die Dividendenherabsetzung gegenüber ihren Aktionären begründet: Angeblich stehen der Steigerung der Betriebsüberschüsse um 678 000 M. erhöhte Aufwendungen für Steuern und soziale Lasten mit insgesamt 1 045 000 M. gegenüber, für Abschreibungen sind 325 000 M. mehr in Ansatz gebracht worden und auch der Obligationen-Zinsdienst hat fast 49 000 M. mehr erfordert als im Vorjahre. Dadurch bleibt der Reingewinn, der im Vorjahre 7,2 Millionen Mark betragen hat, um 741 000 M. zurück und wird jetzt mit nur 6,5 Millionen Mark ausgewiesen.

Sogar die Aufsichtsratskassentiere ist von 296 000 M. auf 144 132 M. herabgesetzt worden. Anscheinend soll damit bewiesen werden, daß die Herren Peter und Florian Klößner sowie die Bank- und Generaldirektoren des 23köpfigen Aufsichtsrats die ersten sind, die — zu Euphorie bereit waren, weil es dem Unternehmen wirklich nicht gut geht. Doch lassen wir uns über den wahren Tatbestand nicht täuschen. Man hatte einmal im Vorjahre die Bezüge des Aufsichtsrats von 174 000 auf 296 000 M., also um 75 vS erhöht und hat jetzt, vielleicht um Beschwerden unzufriedener Aktionäre vorzubeugen, freiwillig wieder eine Herabsetzung vorgenommen. Immerhin bekommt auch so noch jedes Aufsichtsratsmitglied rund 7000 M. Zu berücksichtigen bleibt weiter, daß in den Satzungen als feste jährliche Vergütung für sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats zusammen 100 000 M. vorgesehen sind, die auf die den Aufsichtsräten sachungsgemäß zustehende Kasse von 7 1/2 vS angerechnet wird. Es besteht somit durchaus die Möglichkeit, daß die Aufsichtsratsmitglieder zu gegebener Zeit ihre Ansprüche wieder geltend machen, wie das im vorigen Jahre anscheinend bereits einmal geschehen ist.

In dem ganzen umfangreichen Geschäftsbericht finden sich leider keine Angaben über die heutige Belegschaftszahl. Im Vorjahre betrug die Belegschaft der Werke 14 930, die der Hüttenwerke 15 477 Arbeiter und Angestellte. Ebenso finden sich keine Angaben über den Umsatz, der im vorletzten Geschäftsjahr, nur den Umsatz an Fremde gerechnet, 184,3 Millionen Mark betragen hat. Wie schon in den Vorjahren sind die Gesamtumsätze überhaupt nicht angegeben, sondern vorher von dem als Betriebsüberschüsse ausgewiesenen Beträge abgesetzt. Nur die Ausgaben für soziale Lasten und Steuern hat man wieder angegeben, um mit bewegten Worten auf deren Höhe hinweisen zu können. Diese Klagen können aber schon deswegen keinen Eindruck machen, weil die Heraushebung einzelner Unkostenposten allein kein Bild vermitteln kann, wie sich diese Zahlen zu den Gesamtumsätzen verhalten und welchen Anteil des Umsatzes sie ausmachen.

Unter dieser muß der Bericht zugeben, daß die Geschäftslage der Eisenindustrie während der ganzen Berichtszeit durch aus günstig gewesen ist. Die Hauptursache des guten Geschäftsganges müsse darin erblickt werden, daß von fast allen Wirtschaftsbetrieben ausländische und inländische Aufträge in Hunderten von Millionen aufgenommen wurden und daß diese Mittel zur Rationalisierung der Betriebe und damit zu großen Bestellungen bei der weiterverarbeitenden Industrie benutzt werden. Ebenso war dauernd gute Nachfrage aus dem Auslande zu verzeichnen. Die Roheisenproduktion stieg von 631 000 Tonnen im Vorjahre auf 777 000 Tonnen, die Rohstahlproduktion von 795 000 auf 885 000 Tonnen. Die Wirkung dieser erfreulichen Zahlen verlor der Geschäftsbericht durch unmittelbar darauffolgende langatmige Ausführungen abzuschwächen, die mit den Worten begannen:

„Leider muß festgestellt werden, daß wir von den im großen und ganzen befriedigenden Absatzmöglichkeiten keinen entsprechenden Nutzen ziehen konnten, weil wir während des ganzen Geschäftsjahres durch die Lohnbewegungen und die Bestrebungen, den Achtstundentag reiflos zur Einführung zu bringen, mit ungeheuerlichen Schwierigkeiten und steigenden Selbstkosten in den Hüttenbetrieben zu kämpfen hatten.“

Es werden dann ebenso eindrucklose wie überflüssige Vorwürfe an den (verstorbenen) Reichsarbeitsminister gerichtet wegen der bekannten Verordnung vom 16. Juli 1927 über die Höchstarbeitszeit, obwohl zugegeben werden muß, daß den Rohstahlbetrieben in Hesse und Esenbrück bei der Durchführung des entsprechenden Schiedsspruches eine Pause eingelegt wurde, die es ermöglicht worden ist. Der Geschäftsbericht aber weiß zu bemerken, daß dieser Schiedsspruch den Werken große Opfer auferlegt habe, „besonders auch deshalb, weil der durch die geänderte Arbeitszeit ausfallende Lohn mit 60 vS von dem Arbeitgeber getragen werden muß und darüber hinaus von einer allgemeinen Lohnherabsetzung begleitet war.“

Die Preiserhöhungen der Eisenverbände, die zum Ausgleich für alle diese „Opfer“ eingeführt wurden, haben sich angeblich in den niedrigsten Grenzen gehalten und „nur“ 3 M. für 1000 Kilogramm bei Esenbrück betragen. Trotzdem habe die Effektivität dieser Maßnahme nicht genügend Verständnis entgegengebracht. Die Vorwürfe, daß sich die Eisenindustrie einer schmerzhaften Schädigung der Volkswirtschaft schuldig gemacht habe, werden zurückgewiesen, ebenso sei es durchaus ungerade, den Vorwurf auszusprechen, daß sich die Eisenindustrie auf dem Inlandsmarkt ein Monopol geschaffen habe. Ein solches Monopol bestehe nicht, weil nach wie vor ausländische Erzeugnisse nach Deutschland fließen und auf die Inlandspreise ausgleichend einwirken. (Als wenn sich die Eisenindustriellen nicht auch über die Landesgrenzen hinaus gut verkaufen.) Nach einer weiteren Klage über die ab 1. Mai für den Ruhrkohlenbergbau eingetretene Lohnherabsetzung von 8 vS und einem Hinweis, daß das neue

Geschäftsjahr durch die ab 1. Oktober eingetretenen Frachterhöhungen der Reichsbahn eine weitere außerordentlich starke Belastung bringe, für welche ein Ausgleich geschaffen werden müsse, folgt der Strohseufzer: Die deutsche Wirtschaft kommt auf diese Weise nicht zur Ruhe!

In den dann folgenden Einzelberichten über die Hüttenwerke und die Hüttenwerke finden sich in jedem der Einzelberichte neue Einzelklagen über die schrecklichen Lohnerhöhungen. Es handelt sich insbesondere um das Hütten- und Stahlwerk, dessen Buchungswert allein von 18,3 auf 25,8 Millionen Mark stieg, die Düsseldorf-Eisen- und Drahtwerke, die Mannesmannwerke in Friedrich-Wilhelmshütte bei Troisdorf, die Georgs-Marienwerke in Esenbrück, das Eisenwerk Quint bei Trier, die Geismeyer-Eisenwerke AG. im Siegerland usw. Zum ersten Male finden wir in diesem Jahresbericht genauere Angaben über den Bestand an Wertpapieren und Beteiligungen, so daß ein Vergleich mit den Angaben des letzten Vorjahresprospekts, wo solche Angaben vom Vorstandsamt zur Pflicht gemacht werden, möglich ist.

Die Hauptbeteiligungen der Klößner-Werke AG. bestehen in 10 322 000 M. Aktien der Maschinenbauanstalt Humboldt AG. in Köln-Ralf, das sind rund 80 vS des Aktienkapitals und gegenüber dem letzten Vorjahresprospekt vom Januar 1927 ein Mehr von fast 3 000 000 M., ferner 7 358 000 M. Aktien der Motorenfabrik Deutz AG. in Köln-Deutz, das sind etwa 60 vS des Aktienkapitals und rund 900 000 M. mehr als im Januar 1927. Diese beiden Gesellschaften bleiben auch für 1927/28 wieder ohne Dividende, doch hat sich der nur bei der erstgenannten Gesellschaft angegebene Umsatz von 23 auf 35,8 Millionen Mark gehoben und bei der mit diesen beiden Gesellschaften in Interessengemeinschaft stehenden Motorenfabrik Oberurzel, die gleichzeitig ihren Abschluß herausbringt, konnte die Dividende von 6 vS auf 8 vS erhöht werden. Während Humboldt behauptet, die zukünftige Entwicklung nicht übersehen zu können, bezeichnet Deutz befriedigenden Auftragsseingang und vorerst gesicherte Beschäftigung des Werkes, und Oberurzel stellt eine zufriedenstellende Entwicklung des neuen Geschäftsjahres in Aussicht.

Wir dürfen deshalb auch die Gesamtschau des Klößnerkonzerns trotz des schwarzfärbenden Hinweises auf die Frachterhöhungen durchaus günstig beurteilen. Wir haben gesehen, daß es trotz des Klage liedes im letzten Jahr gelungen ist, die Beteiligungen beträchtlich zu erhöhen, sehen die Zahlen der steigenden Eisen- und Stahlerzeugung und sehen, daß immer größere Mittel für Neuanlagen und Modernisierung der Werke bereitgestellt werden. Die Arbeiterschaft hat deshalb keine Veranlassung, sich durch Klößners Klage lied rühren zu lassen.

Julius Fries.

Rückwirkende Lohnerhöhung

Grundätzliche Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Das Reichsarbeitsgericht beschloß sich mit der Klage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Solingen, gegen den Arbeitgeberverband der Metallindustriellen des oberen Kreises Solingen. Es handelt sich in diesem Rechtsstreit um folgenden Tatbestand:

Der zwischen den Parteien bestehende Tarifvertrag lief am 31. August 1927 ab. Am 20. September 1927 kam es zu einem Schiedsspruch durch den zuständigen Schlichtungsausschuß. Dieser schied unter Abzug 1. vor, daß die Löhne in der Metallindustrie des oberen Kreises Solingen mit Wirkung ab 1. September 1927 neu festgesetzt sein sollten. Darüber, ob diese Lohnerhöhung auch für die in der Zeit vom 1. bis 20. Sept. ausgehenden Arbeiter gelten sollte, enthält der Schiedsspruch nichts. Der Schiedsspruch wurde von beiden Beteiligten abgelehnt. Am 5. Oktober 1927 wurde er von dem zuständigen Schlichter für verbindlich erklärt. Der beklagte Verband wies seine Mitglieder an, die erhöhten Löhne an die in der fraglichen Zeit Ausgehenden nicht zu zahlen.

Der klägerische Verband beantragt, festzustellen, daß der Beklagte verpflichtet ist, auf seine Mitglieder mit den Verbandsmitteln dahin einzuwirken, daß sie die in dem Schiedsspruch vom 20. September 1927 mit Rückwirkung angeordnete Lohnerhöhung auch an diejenigen Arbeiter ausbezahlen haben, die in der Zeit vom 1. bis 20. September 1927 bei den Mitgliedern ausgeschieden sind.

Der beklagte Verband hat Klageabweisung beantragt. Er ist der Ansicht, daß die Lohnerhöhung des Schiedsspruches nicht für die in der Zeit vom 1. bis 20. September 1927 ausgeschiedenen Arbeiter gilt.

Die Kläger führten Klage und das Arbeits- sowie auch das Landesarbeitsgericht in Elberfeld entschieden zugunsten der Arbeiter. Aus den Entscheidungsgründen ist folgendes zu entnehmen: Die Parteien sind einander aus einem Tarifvertrag, also auch aus einem diesen ergebenden Schiedsspruch verpflichtet, für die Durchführung der Tarifbestimmungen des normativen Teils Sorge zu tragen. Da die Parteien beide den Schiedsspruch abgelehnt haben, ist davon auszugehen, welcher Wille ihnen nach dem Schiedsspruch des Schlichters zu unterstellen ist. Man hat einen Anhaltspunkt darin finden wollen, ob die Lohnerhöhung nur eine materielle Besserstellung der Arbeiter bezweckt oder durch eine Steigerung der Lebenshaltungskosten bedingt ist. Im ersten Falle sollten die Ausgehenden nicht von der Lohnerhöhung ergriffen werden. Denn daß eine Einbeziehung der Ausgehenden gewollt war, ergibt sich schon aus folgender Erwägung. Nach dem Schiedsspruch schied dieser in seiner Wirksamkeit unmittelbar an den am 31. August abgelaufenen Tarifvertrag an. Dieses unmittelbare lückenlose Anschließen konnte nur den Zweck haben, keine tariflose Zeit bestehen zu lassen, in der tarifwidrige Abmachungen geschlossen werden konnten. Es ist damit ein Schutz der Arbeiter bezweckt, der ebenjotut den ausgeschiedenen Arbeitern zugute kommen muß, wie den in der Beschäftigung verbliebenen. Wenn aber der Ausschluß der tariflosen Zeit auch für ausgeschiedene Arbeiter wirksam sein soll, muß für sie auch der erhöhte Tarif gelten. Der Klage war daher stattzugeben.

Gegen dieses Urteil legte der Arbeitgeberverband Solingen Revision ein. Er verlangt Aufhebung des vorinstanzlichen Urteils und Abweisung der Klage. Rechtsanwält Dr. Kraefel vertrat die Kläger. Alle Revisionsgründe der Gegner waren nichtig. Das Reichsarbeitsgericht konnte sich nur den Entscheidungsgründen der Vorinstanzen anschließen und die Rechte der Kläger wahren.

Das Reichsarbeitsgericht schloß sich dem an und verwarf kostenpflichtig die Revision der Beklagten. Das Gericht hat sich vollinhaltlich den Entscheidungsgründen des Arbeits- sowie des Landesarbeitsgerichts angeschlossen. Der Klage mußte in vollem Umfang stattgegeben werden. Diese Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts ist von grundsätzlicher Bedeutung. Der Arbeitgeberverband wird diese Niederlage bitter empfinden, denn er hat für viele Arbeiter die Löhne nachzahlen und obendrein noch die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. (Mtz. 139/28.)

Kollegen! Sorgt stets dafür, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene **Volksfürsorge** gewerkschaftlich, genossenschaftlich, seelschaftlich, d. h. überall eingeführt wird. Weidet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunft.

Rückkehr zum Achtstundentag in Polnisch-Oberschlesien

In Polen ist der Achtstundentag gesetzlich festgelegt. Dieses Gesetz sieht keinerlei Sonderbestimmungen vor, weshalb auch in ganz Polen nur 8 Stunden gearbeitet wird. Polnisch-Oberschlesien aber war von diesem Gesetz ausgeschlossen. Eine Übertragung des Gesetzes auf dieses Gebiet hatte das polnische Parlament bisher nicht vorgenommen. Auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde 1924 für Polnisch-Oberschlesien die Arbeitszeit auf 10 Stunden verlängert mit der Maßgabe, daß bei besseren Wirtschaftsbedingungen der Achtstundentag einzuführen sei. Drei Jahre vergingen, ehe die Gewerkschaften auf einer ihrer Betriebsrätekonferenzen den Kampf für die Wiedereinführung des Achtstundentages einleiteten. Diesem Vorgehen machte die polnische Regierung gewisse Zugeständnisse. Man einigte sich auch in Gewerkschaftskreisen auf die stufenweise Zurückführung des Achtstundentages. Anfang Januar d. J. begann die Überleitung in den Stahlwerken und Beizereien. Es folgte dem der Hüttenbetrieb, die Generatoren usw. Fast jede 14 Tage wurde bei bestimmten Gruppen nach vorheriger Verhandlung mit den Gewerkschaften der Achtstundentag wieder eingeführt. Anfangs Juli ging man von dem System der ständigen Verhandlungen ab und einigte sich auf einen längeren Zeitraum dieser stufenweisen Überleitung. Die Regierung hat durch eine Verordnung im Juli d. J. einen Überleitungsplan bis zum 15. Oktober 1928 aufgestellt. Bis zu diesem Tage war der Achtstundentag für 80 vS der Gesamtbelegschaften eingeführt. Man stand nun noch vor dem letzten Stoß. Schließlich ist es trotz aller Bedenken, daß diese vollständige Überleitung die Entwicklung der Wirtschaft hemmen würde, mit dem Regierungsvorstand zu einer Einigung gekommen. Durch dessen Vermittlung hat das Arbeitsministerium unter dem 19. Oktober die letzte Verordnung zur Regelung des allgemeinen Achtstundentages herausgegeben.

In dieser heißt es: Bis zum 15. November spätestens sind sämtliche Arbeiter in den Hüttenwerken und Appreturen, dann die Arbeiter in allen verarbeitenden Abteilungen mit Ausnahme der Handwerker und Plazarbeiter auf 8 Stunden überzuleiten; bis spätestens am 3. Dezember der Rest der Handwerker ohne Rücksicht auf Arbeitsort und Arbeitsart; bis spätestens am 31. Dezember sämtliche Arbeiter in den Eisenhütten, die noch über 8 Stunden arbeiten, mit Ausnahme derer in sogenannten Arbeitsbereitschaft, und das sind folgende Gruppen: Arbeiter, die die Betriebsanlagen wie Betriebsentwürfen bewachen, dann Zornwächler, Wächter an Plätzen, Werksanlagen, Wegen, Brücken usw., weiter Aufsichtspersonen der Feuerlöschapparate, gleichzeitig die Mitglieder der Berufsfeuerwehr, die von den einzelnen Werksanlagen für eigenen Bedarf unterhalten werden, schließlich die Chauffeure und Fuhrleute, die nicht unmittelbar im Produktionsbetrieb sind.

Mit diesem Überleitungsplan ist der Zehnstundentag, wie er im Jahre 1924 eingeführt wurde, endgültig beiseite gelassen. Die Bedenken der Regierung standen einer schnelleren Überleitung im Wege. Besonders das Handelsministerium mahnte zur Vorsicht. Diese Mahnung war fast ausschließlich auf die längere Arbeitszeit in Deutschland zurückzuführen. Besonders die längere Arbeitszeit in den Eisenhütten Polnisch-Oberschlesiens hat man im Auge gehabt. In einem Schreiben an die Gewerkschaften hat die polnische Regierung darauf hingewiesen, daß sie in Sachen des Achtstundentages guten Willens sei, aber solange auch in den Nachbarstaaten, die industriell stärker entwickelt sind, nicht ebenfalls die achtstündige Arbeitszeit allgemein eingeführt sei, müsse man auch in Polnisch-Oberschlesien eine gewisse Vorsicht obwalten lassen.

R. B. Buchwald.

Aus Sowjetrußland

Gegensätze zwischen Gelernten und Ungelernten

Der Trud (Nr. 220), das Hauptblatt der russischen Gewerkschaften, bringt unter der Überschrift: „Wörter man sich in den Werksstätten unterhält“, fortgesetzt Zuschriften aus Arbeiterkreisen, die für die jeweilige Stimmung der Arbeiterschaft kennzeichnend sind. Aus Moskau zum Beispiel wird folgende Anfrage an den Trud gerichtet:

„Die gelernten Arbeiter erhalten im Monat 200 bis 300 Rubel und können ihren Kindern Bildungsmöglichkeiten verschaffen, Theater besuchen und ein sorgloses Leben führen. Die ungelernten Arbeiter dagegen müssen sehen, wie sie mit 50 bis 60 Rubel monatlich durchkommen. Sie essen trockenes Brot und Kartoffeln und sehen gezwungen, bei ihren eigenen Arbeitsbrütern in Stellung zu gehen, um durch Wäldchen und Ausräumen einen Zuschußverdienst zu erwerben. Ist das gerecht? Ist es nicht an der Zeit, die Löhne der Ungelernten auf Kosten der Gelernten zu erhöhen?“

Darauf wird dem Anfrager von der Schriftleitung folgende Beantwortung erteilt: „Warum bei uns nicht ein gleich hoher Lohnsatz für Gelernte und Ungelernte besteht? Doch wohl deshalb, weil in diesem Fall sich wenig Liebhaber finden würden, eine entsprechende Ausbildung durchzumachen. Wir haben schon in den Jahren 1919/20, als fast sämtliche Arbeiter die gleichen Bezüge hatten, die Erfahrung gemacht, daß viele qualifizierte Arbeiter lieber die einfachsten Arbeiten übernahmen; der Lohn war der gleiche, die Verantwortlichkeit und die Schwierigkeit der Arbeit aber eine viel geringere.“

Jeder Gelernte hat während seiner Lehrzeit fast gar nichts verdienen können, hat an Essen und an Schlaf sparen müssen, um die erforderliche Ausbildung zu erlangen. Seine höheren Bezüge enthalten daher auch einen guten Teil Entschädigung für die Zeit seiner Ausbildung. Kann man aber dem zustimmen, daß zwischen der Entlohnung der Gelernten und Ungelernten eine so große Spanne besteht, wie das zurzeit der Fall ist? Das ist natürlich nicht richtig. Ein Unterschied muß bestehen, er braucht aber nicht so groß zu sein. Darum haben auch die Gewerkschaften während der letzten zwei Tarifverhandlungen darauf gedrungen, daß vor allem den schlechter gestellten Gruppen der Ungelernten eine Aufbesserung gewährt werde, während den Gelernten eine Lohnerhöhung nicht bewilligt worden ist. Gewiß konnte diese gewährte Aufbesserung die Ungelernten nicht vollständig befriedigen, aber die Mittel des Staates ermöglichen es eben nicht, allen Arbeitern einen hohen Arbeitslohn zu gewähren.

Ist es zulässig, den Arbeitslohn der Ungelernten durch Kürzung der Bezüge der Gelernten aufzubessern? Das darf nicht geschehen. Unsere Aufgabe besteht vielmehr darin, die Lage aller Arbeiter zu verbessern. Eine Kürzung der Löhne der Gelernten würde bei ihnen nur Erbitterung erzeugen und die Arbeitergesundheit verringern. Schließlich ist noch zu bedenken, daß unter den Gelernten der Anteil der Verheirateten, der Kinderreichen und der reinen Proletarier sehr groß ist. Umgekehrt gibt es unter den Ungelernten noch viele Junge, Unverheiratete und auch solche, die den Zusammenhang mit dem Dorf nicht verloren haben und von da aus Unterstützung erhalten. — Wie ist aber den ungelernten Arbeitern, die eine zahlreiche Familie haben, zu helfen? Wir können nicht den Lohn aufsteigen nach der Zahl der Familienmitglieder und den Bedürfnissen, wir müssen aber keine Lage dadurch zu bessern suchen, daß wir die Zahl der Kindertruppen, der Kindergärten, der billigen Mittagstische usw. vermehren. Wir müssen ferner die Kulturarbeit der Gewerkschaftsverbände fördern und den Arbeitern die Möglichkeit, sich selbst zu bilden, gewährleisten.

Aus der Anfrage geht deutlich hervor, daß zwischen den gut entlohnenden, gelernten Arbeitern und den sogenannten „Edwarbeiter“ ein recht starker Gegensatz sich herausgebildet hat. Diese Differenzierung in der Lohnhöhe bringt natürlich auch eine Ungleichheit in der Lebenshaltung mit sich und steigert weiter die Aufteilung des russischen industriellen Proletariats in eine Oberschicht, die verhältnismäßig gut leben kann, und eine Unterschicht, die aus mit großen Schwierigkeiten das zum Leben Notwendige zu beschaffen in der Lage ist.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstraße 16

Typ 5, ein ungewöhnlicher Zigarettenname. Er wird verständlich, wenn man weiß, daß mit dieser Zigarette eine ganz neue Art, ein ganz neuer Typ geschaffen wurde. Typ 5 ist die Standard-Marke, d. h., das mustergültige Erzeugnis deutscher Wertarbeit. Durch die eigenartige Tabakmischung in Verbindung mit dem neuartigen gesch. Edelweiß Mundstück ist ein so mildes, reines Tabakaroma erreicht worden, wie man es bisher nicht für möglich hielt. Kein Raucher kann sich länger diesen Vorzügen verschließen.

Größte Produktion der Welt!

OPEL

... daß meine Nervenkopfschmerzen nach Gebrauch eines Paketes vollständig verschwunden sind. gez. R. Heineke, Trier.
 Paket Nr. 3.— zuzüglich Mk. —,20 Porto. Bestellungen (zweckmäßig nicht unter drei Paketen wegen Portomautnahme) richtet man an die Herstellerfirma, worauf Zusendung durch die zuständige Apotheke erfolgt. Nachahmungen bitte zurückweisen, nur die Marke „Herbaria“ bürgt für Echtheit!
 Alle-niger Hersteller:
Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg N 304, Baden